Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

42. Sitzung
18. November 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.58 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0177
Alternative Finanzierungsmöglichkeiten für dringend notwendige Investitionen in die Transformation von Energieversorgung und Wirtschaft nach dem Gutachten zum Klimasondervermögen WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt begrüße ich Herrn Prof. Dr. Hans-Jörg Schmedes aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Leiter der Abtei-

lung Betriebe und Strukturpolitik, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen würde. Außerdem begrüße ich die Anzuhörenden, die netterweise schon alle da sind, nämlich Herrn Dr. Hinrich Holm, Vorsitzender des Vorstands der IBB, Herrn Simon Müller, Direktor Deutschland bei Agora Energiewende, begleitet von Herrn Niels Wauer, Projektreferent Ökonomie der Energiewende, und Frau Carolin Schenuit, geschäftsführende Vorständen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. – Herzlich willkommen!

Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht wird. Können wir darüber Einvernehmen erzielen? – Das ist definitiv der Fall. Dann verfahren wir so. – Wir kommen erst einmal zum Begründungsbedarf durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke. Wer macht das? – Frau Kollegin Bozkurt, Sie haben das Wort!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir hatten gedacht, dass von der Finanzverwaltung eine Vertretung da sein würde, aber dann war das offenbar unser Missverständnis. Sei es drum! – Am 25. Juli 2023 sagte Finanzsenator Evers in der Berliner Pressekonferenz nach einer Senatssitzung: In den kommenden Jahren auch bei knapper werdenden Spielräumen zu sagen, dann schieben wir das mal auf – und hier geht es um erhebliche Zukunftsrisiken und Zukunftslasten –, das kann, glaube ich, politisch niemand verantworten. – Diese Einschätzung teilen wir auch weiterhin. Klar, heute wissen wir mehr als Mitte 2023, beispielsweise dass Berlin die KTF-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entgegen ersten Verlautbarungen im Senat eben doch betrifft. Wir wissen, dass es weiterhin eilig ist, schuldenbremsenkonforme Finanzierungen bereitzustellen, damit wir weitermachen können. Die Klimakatastrophe wartet nicht. Wir brauchen die bereits mannigfach im BEK und anderen grundlegenden und sehr detaillierten Plänen und Papieren dargelegten Lösungen für Klimaschutz, Klimaresilienz, Transformation und Digitalisierung.

Die Klimakatastrophe wartet nicht. Wir wollen den nächsten Generationen Gestaltungsspielräume hinterlassen, wie wir sie jetzt haben und nutzen müssen. Dies fordert im Klimaurteil übrigens dasselbe Verfassungsgericht von uns, das die KTF-Konstruktion gekippt hat. Die kommenden Generationen sollen nicht Verwüstung, Versteppung und Ruinen erben, sondern ein intaktes Gemeinwesen mit einer Wirtschaft, die nur das an Ressourcen verzehrt, was im Kreislauf auch wieder bereitgestellt werden kann.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage gab es bereits Prüfungen neuer Finanzierungsformen für Investitionen, vor allem über Unternehmenstransaktionen. Die Anhörung heute soll sowohl den Rahmen als auch die Instrumente beleuchten, die es braucht. Die Senatsverwaltung sollte auch transparent machen, wie angesichts des Unternehmenssteuerungs- oder Controllingsprozesses der landeseigenen Unternehmen, Stichwort Wirtschaftspläne, der Zeitplan zur Implementierung solcher Modelle zu schuldenbremsenkonformer Kreditfinanzierung wäre. – Vielen Dank, dass Sie da sind! Wir freuen uns auf einen konstruktiven Austausch.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für die Begründung! – Dann treten wir in die Anhörung ein. Wir machen das bei Anhörungen immer so, dass Sie ungefähr fünf Minuten für ein Eingangsstatement haben, möglichst nicht länger, damit wir die Möglichkeit haben, mit Ihnen ausführlich zu diskutieren. Sie kommen noch dazu, weitere Botschaften abzusetzen, wenn die Fragerunde der Kolleginnen und Kollegen abgeschlossen ist. – In alphabetischer Reihenfolge haben Sie, Herr Dr. Holm, als Erster das Wort, bitte schön!

Dr. Hinrich Holm (IBB): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen, meine Herren! Bis zu dem Moment, wo das Bundesverfassungsgericht nicht gesagt hat, dass es nicht schuldenbremsenkonform oder schuldenbremsenkonform ist, hatten wir wenig zu tun. Ab dem Moment wurden Banker wieder gefragt. Ich erzähle das, dass wir eine Situation hatten, dass relativ viele in der Berliner Wirtschaft darauf gewartet haben, was denn noch an Zuschuss kommt, ich formuliere es mal so, bevor wir an Rückzahlbarkeit denken. Seitdem steht bei uns wirklich das Rad nicht still, und wir haben relativ viel zu tun.

Unsere Datenlage ist relativ gut, Berlin zu beurteilen. Wir haben den Vorteil/Nachteil, dass wir Berichtspflichten nach Europa hin vor der Realwirtschaft erfüllen müssen. Wir müssen zu diesem Jahresende berichten, und wir kennen unsere Zahlen sehr genau aus der Stadt Berlin. Berlin hat 1990 30 Millionen Tonnen CO_2-Footprint gehabt, heute 15 Millionen Tonnen, ist also bis hierher ganz gut vorangekommen. Guckt man sich uns als Bank an, haben wir von den 15 Millionen Tonnen 5 Millionen Tonnen in uns drin, also ein Drittel. Wenn man das wieder aufspaltet, erkennt man, dass wir von diesen 5 Millionen Tonnen mit fast 4,5 Millionen Tonnen das meiste in der Erzeugung sitzen haben. Das heißt für uns, wenn wir darauf gucken, worauf wir uns jetzt konzentrieren sollten und worauf wir uns in den letzten Monaten konzentriert haben, ist es das Thema Energieerzeugung/Infrastruktur, das wir uns sehr genau angeguckt haben. Ich spreche wie gesagt immer aus der Sicht eines Bankers, nicht eines Zuschussgebers.

Das haben wir getan, und jetzt haben wir ein bisschen Glück gehabt, dass die Berliner Energie und Wärme GmbH natürlich einen Großteil von diesem Footprint in sich trägt und sich einmal gerade im Verkaufsprozess sehr transparent aufstellen musste. Wir haben für uns einen Klimaabbaupfad – auch wir müssen einen zeigen –, wie wir die 5 Millionen Tonnen bei uns wegkriegen wollen, nach den europäischen Standards vorgegeben, sodass wir uns daran gehalten haben, wie man das 1,5-Ziel weiter im Auge behält. Wir haben jetzt Glück, dass wir auf der Erzeugerseite bei der Berliner Energie und Wärme GmbH und den anderen Energieinfrastrukturunternehmen einen Pfad vorfinden, der in etwa in der Nähe dieses Pfades liegt. Ich mache da jetzt mal für einen Moment einen Punkt.

Jetzt kommt die nächste Frage: Sind die in der Lage, wenn es keine Zuschüsse gibt, sich mit Kredit nach vorne zu finanzieren? Auch da wieder der Vorteil der Due Diligence der Berliner Energie und Wärme GmbH, an der wir teilgehabt haben. Und in dieser Due Diligence ist uns klar geworden, dass allein auf der Seite dieses Unternehmens noch erheblicher Finanzierungsbedarf da ist, in den nächsten zehn Jahren etwa 4 Milliarden Euro, um sich in der vorhandenen Produktion zu dekarbonisieren. Da ist nicht die Ausweitung des Netzes drin, sondern nur die Dekarbonisierung des vorhandenen Netzes. Da muss man jetzt gucken, wie sich deren Zahlen in der wirklichen Welt entwickeln, das ist jetzt alles mal die gerechnete, wir lernen die gerade kennen. Wir glauben, dass deren Rating stabil genug ist. Wir sprechen mit anderen Banken, dass vieles von dem, was die vorgelegt haben, finanzierbar ist. So weit mal die gute Nachricht für den Moment!

Wir haben das Gleiche mit den anderen Betrieben gemacht, weil uns natürlich interessiert, wie das bei den Wasserbetrieben und bei der Stromnetz Berlin GmbH aussieht, die sehr viel hochfahren muss. Bei der Stromnetz Berlin GmbH haben Sie schon reagiert, denn da hätten wir gesagt: Na ja, die sind ein bisschen niedrig kapitalisiert, als dass die das Volumen, das jetzt von vorne kommt, selber in einer Finanzierung mit Drittbanken stemmen könnten. – Aber mit dieser Reparatur, deren Kapitalisierung und dem, was Sie selber noch an Kapitalisierung vorhaben, glauben wir auch da – –

Zusammengefasst haben die Betriebe, und da sind alle dabei, inklusive Verkehr, einen Bedarf von ungefähr 20 Milliarden in den nächsten zehn Jahren im Umbau ihrer jeweiligen Betriebe angemeldet. Wir glauben, dass viele von denen in der Lage sein werden, das nach vorne darzustellen. Da muss man sehr genau hingucken. Uns ist auch bewusst, dass wir schon darüber reden müssen, was das bedeutet, denn das kommt nicht für die Kugel Eis auf der Waffel, wer immer das gesagt hat, sondern das wird auch Geld kosten. Wir glauben, dass sich das innerhalb dessen bewegen kann, das war unsere Messlatte, was der Kosten-/Preissteigerungsindex für die nächsten zehn Jahre sein wird. Insofern glauben wir, um die Frage mal so zu beantworten: finanzierbar mit Gegenfinanzierung dessen, was sie aus ihrem eigenen Geschäft heben. Mit vielleicht, und das ist ja schuldenbremsenkonform, einer Eigenkapitalmaßnahme ist das darstellbar. – Das vielleicht mal nur für die Betriebe! Ich könnte noch etwas zur Wohnungswirtschaft sagen, aber ich will die fünf Minuten nicht überstrapazieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Holm, für Ihr Statement! – Dann als Nächster Herr Müller, bitte!

Simon Müller (Agora Think Tanks): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank auch von meiner Seite für die Möglichkeit, heute einige Überlegungen mit Ihnen teilen zu können! Ich will das in drei Schritten machen, zum einen wesentliche Ergebnisse eines kürzlich veröffentlichten Updates unseres Szenarios Klimaneutrales Deutschland, im zweiten Schritt daraus abgeleitet wesentliche Handlungsbereiche, die sich aus unserer Sicht für Berlin ergeben, und drittens Instrumente, die dann möglich und geeignet sind, um bestimmte Investitionsbedarfe zu hinterlegen.

Zum ersten Teil: Wir haben Mitte Oktober unser Szenario Klimaneutrales Deutschland mit einem Update versehen. Es zeigt, wie Deutschland seine Klimaziele 2030 und 2045 – vollständige Klimaneutralität – einhalten und dabei gleichzeitig gesamtgesellschaftlich geteilte Ziele erreichen kann. Da ist also Klimaschutz nicht Selbstzweck, sondern auch Mittel zum Zweck, um eine bezahlbare und sichere Energieversorgung herbeizuführen, gleichzeitig Impulse für eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft zu setzen und schließlich eine gesamtgesellschaftliche Teilhabe bei Wohnen und Mobilität zu ermöglichen. In dem Szenario haben wir erstmals auch detailliert die notwendigen Investitionen berechnet. Das unterstreicht die sehr große Bedeutung, die genau diesem Thema zukommt, wenn es darum geht, die Klimaziele tatsächlich volkswirtschaftlich sinnvoll zu erreichen.

Wir stellen fest, insgesamt sind bis 2045 jährlich 11 Prozent des BIP an Investitionen erforderlich. Die zentrale Botschaft ist aber, drei Viertel dieser Investitionen werden ohnehin notwendig, auch in einem fossilen Business as usual. Lediglich 3 Prozent des BIP sind zusätzliche Klimaschutzinvestitionen. Es ist klar, das ist gesamtgesellschaftlich und volkswirtschaftlich leistbar. Ich will darauf hinweisen, das sind Investitionen, nicht automatisch Mehrkosten.

Es gibt viele Investitionen, die sich bereits heute rechnen. Zum Beispiel führen die niedrigen Betriebskosten bei größeren Elektroautos dazu, dass der höhere Anschaffungspreis im Zeitverlauf ausgeglichen wird. Dennoch ist staatliche Unterstützung zentral. Wir haben errechnet, dass insgesamt knapp 60 Milliarden Euro jährlich an Flankierung staatlicherseits notwendig sind. Das zahlt natürlich zum Teil auch auf diese Investitionen ein.

Das hat drei Gründe: Erstens kommt der öffentlichen Hand eine sehr wichtige Rolle dabei zu, selbst investiv tätig zu werden. Ungefähr ein Viertel der Klimaschutzinvestitionen geht auf die öffentliche Hand zurück. Hier muss natürlich die Handlungsfähigkeit abgesichert sein. Zweitens geht es um das Hebeln von privaten Investitionen, die sich dann aber weitestgehend am Markt refinanzieren können. Ein sehr gutes Beispiel ist hier übrigens der Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein ganz großer Transmissionsriemen für privates Kapital bei der Klimaneutralität. Sehr wichtig ist der dritte Punkt: der Ausgleich von sozialen Härten beziehungsweise Wettbewerbsnachteilen. Das bedeutet, bestimmte Personengruppen haben entweder nicht das Einkommen, das Vermögen oder die praktische Möglichkeit, in die Klimaneutralität hineinzukommen und aus dem Effekt der CO_2-Bepreisung herauszukommen. Dafür müssen staatliche Mittel zur Verfügung stehen, um das zu ermöglichen.

Jetzt zum zweiten Teil, den wesentlichen Handlungsbereichen: Das ist einmal der Bereich der Stromnetzinfrastruktur. Wir sehen bei der Investitionskostenrechnung, dass der Investitionsberg hier sehr unmittelbar und direkt eintritt. Vor dem Hintergrund ist es absolut zentral, dass gerade die Stromnetzbetreiber das notwendige Eigenkapital zur Verfügung haben und dass man da ständig nachsteuert und guckt, ob das noch ausreichend ist. Vor dem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass hier bereits gehandelt wurde.

Im Bereich der Wärmeversorgung sehen wir bei der Fernwärme noch einen erheblichen Handlungsbedarf und haben hierzu vor einigen Monaten eine detaillierte Studie vorgelegt. Das gilt auf verschiedenen Ebenen – einerseits, dass die Fernwärme wirklich zum volkswirtschaftlichen Optimum hin ausgebaut wird, dass wir über eine wirksamere Kostenregulierung auch eine Absicherung für Kundinnen und Kunden bekommen und durch eine Fortführung gerade der Bundesförderprogramme eine Sicherheit, dass Investitionen hier weitergehen können.

Der letzte Punkt betrifft die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Für den Verkehr gilt, dass hier staatliche Zuschüsse unerlässlich sind, um den öffentlichen Personennahverkehr entsprechend auszubauen. Das kommt gerade auch Personen mit kleinem Geldbeutel zugute, dass die Anschaffung der notwendigen Fahrzeuge sichergestellt ist.

Ich werde vielleicht ein paar Sekunden mehr brauchen als fünf Minuten und komme zum dritten Teil, den Instrumenten, mit denen die Bedarfe abgesichert werden können. Einerseits gilt: Effizienzpotenziale kann man mit Sicherheit noch im Bereich der Klimatransformation heben, dass Förderprogramme auf den Prüfstand kommen, wo wirklich eine Wirkung erzielt wird. Zweitens: Da sehen wir gerade die Debatte vor dem Hintergrund des Gutachtens. Die finanziellen Transaktionen lassen sehr viele Möglichkeiten und Spielräume zu, um auch innerhalb der geltenden Schuldenbremsenregelung Investitionen zu ermöglichen. Drittens sehen wir aber auch die Notwendigkeit, die Spielräume in der Finanzverfassung zu erweitern, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Schließlich – dazu haben wir uns bereits öffentlich geäu-

ßert – muss auch die Einnahmenseite in den Fokus. Das ist auch maßgeblich dafür, ob die Transformation zur Klimaneutralität sozial gerecht abläuft.

Abschließend möchte ich sagen, die Zeit drängt. Prüfstein ist hier weniger der Zeitpunkt, wann ein Konzept vorgestellt wird, sondern es geht wirklich darum, dass wir die Investitionen in Klimaneutralität jetzt brauchen. Es geht darum, dass wir unmittelbar fossile Investitionen nicht mehr weiter tätigen und das Geld in klimaneutrale umleiten. Das ist der Schlüssel dazu, dass es auch kosteneffizient möglich wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihren Beitrag! – Dann, Frau Schenuit, hätten Sie das Wort, bitte!

Carolin Schenuit (FÖS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Herr Müller gerade gesagt hat. Ich habe noch einmal rekapituliert, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das einige Folgewirkungen hatte, ist vom 16. November 2023. Seitdem hatten wir Hochwasser und Sturmfluten in fast der Hälfte der deutschen Bundesländer, in so gut wie ganz Mitteleuropa und in vielen Teilen der Welt von Brasilien bis Nepal und in den Südsudan. Warum erzähle ich Ihnen das? – Wir reden heute über die Berliner Wirtschaft. – Weil das Ganze jetzt schon kostet! Wir haben Schäden, die sich schon jetzt auswirken. Das ist ein Appell insbesondere in Richtung der Finanzpolitiker/-innen. Wir steuern auf nicht planbare Entwicklungen zu. Mir macht das Sorge. Ich gehe davon aus, Ihnen auch. Ich habe mal versucht, das in Zahlen zu übersetzen, die auch die Berliner Dimensionen greifbar machen.

Der Stand der Wissenschaft zum Thema Klimafolgeschäden ist zwei Jahre alt, von renommierten Instituten wie Prognos oder IÖW angefertigt, und hat rückblickend ex post für die Jahre 2000 bis 2021 Klimafolgeschäden von im Schnitt 7 Milliarden Euro pro Jahr ermittelt. Insgesamt sind das 145 Milliarden. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Dürresommer 2018 und 2019 sowie das Ahr-Hochwasser 2021. Was sagt uns das? – Heftigere Ereignisse sind überproportional teuer, und heftige Ereignisse werden mit fortschreitendem Klimawandel häufiger. Das heißt, die Planbarkeit wird immer schlechter. Gleichzeitig haben die Kollegen auch nach vorne geschaut und sich an eine Prognose bis 2050 gewagt, die eine Spannbreite von 280 bis 900 Milliarden bis 2050 bei weiter eintretendem Klimawandel hat, bezogen auf Schäden, die man beziffern kann. Nicht monetarisierbare Schäden wie zum Beispiel vorzeitige Todesfälle sind dort nicht eingerechnet.

Dann stellen wir das Verhältnis zu den Investitionskosten her, die meine Vorredner ausgeführt haben, und zu diesen Schäden, die, je nachdem, wie schnell wir agieren, noch on top kommen. Da lande ich basierend auf unseren eigenen Erhebungen in einer Studie für den WWF, wo wir sozusagen den Finanzierungsbedarf über viele verschiedene Studien metastudienartig hinweg ermittelt haben, bei 50 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 für Deutschland. Eine jüngere Ausarbeitung vom Dezernat Zukunft landet bei 40 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 für den deutlich kürzeren Zeitraum ab 2025, jeweils nur für die Dekarbonisierung. Für Berlin heißt das in Sachen Investitionen irgendwas zwischen 2 und 2,5 Milliarden Euro pro Jahr und für die Schäden, die on top eintreten – ich habe das mal bevölkerungsbereinigt gerechnet, das ist eine näherungsweise Methodik –, zwischen ½ und 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, einfach um die Verhältnisse zu greifen. Ich sage mal etwas zynisch, das ist ein Aufhol-

rennen, und es kann gut sein, dass der nächste große Starkregen die Verhältnisse auf den Kopf stellt.

Gleichzeitig, das muss man auch sagen, ich habe gehört, dass Sie darüber diskutieren, gibt es natürlich noch weitere große und dringende Investitionsbedarfe. Wenn ich sozusagen die kompletten Zahlen vom Dezernat Zukunft nehme, das in Sachen Investitionsbedarfe inklusive Bildung, Verteidigung, innere Sicherheit u. Ä. alle föderalen Ebenen betrachtet hat, kommen wir auf 150 Milliarden Euro pro Jahr. Der entscheidende Punkt, den ich jetzt gerne machen möchte – ich sehe gerade, ich bin gut in der Zeit –, der wichtige Unterschied dieser Investitionsbedarfe zu den Investitionsbedarfen für die Dekarbonisierung ist derjenige, dass die Dekarbonisierungsinvestitionen die Basis dafür bilden, dass wir die anderen Investitionen in halbwegs sicheren und planbaren Umständen tätigen können. Wir brauchen, um unsere Bildungs- und Gesundheitssysteme zu verbessern und aufrechtzuerhalten, stabile Umweltbedingungen. Das wäre mein wichtiger Appell – deswegen habe ich gesagt, ich kann gut an das anschließen, was Herr Müller gesagt hat –: Es eilt.

Ich habe noch einen kleinen Blick über den Berliner Tellerrand geworfen. Eine ganz ähnliche Diskussion haben leider relativ geräuschlos die Kolleginnen und Kollegen im Saarland kürzlich abgeschlossen. Sie kennen den Vorgang bestimmt. Das Saarland hatte einen Transformationsfonds schon vor dem KTF-Urteil aufgesetzt und hat signalisiert bekommen, dass das mit der neuen Gesetzesinterpretation nicht mehr geht. Die haben sich vor wenigen Wochen darauf geeinigt, wie ihr Transformationsfonds aussehen soll. Die Mechanik der Umsetzung ist ganz ähnlich wie im Berliner Gutachten, letztlich ein Akzeptieren der Mechaniken und Regelungen der Schuldenbremse. Das führt zu einer hohen Frequenz der Befassung mit den jährlichen Investitionsbedarfen im Parlament. Nichtsdestotrotz gibt es sozusagen über die Regierungsfraktionen hinaus eine fraktionsübergreifende Verständigung darüber, diesen Beschluss für die nächsten vier Jahre nicht anzufassen. Man hat sich auch auf eine Mischfinanzierung – das diskutieren Sie auch – aus Krediten und finanziellen Transaktionen geeinigt, also da vielleicht der etwas hoffnungsvolle Präzedenzfall, dass solche Vorgänge auch möglich sind, im vollen Bewusstsein darüber, dass die Fraktionssituation im Berliner Parlament ein bisschen komplexer als im Saarland ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch für Ihren Vortrag! – Dann können wir in die Runde der Fraktionen gehen. Wir beginnen mit der Fraktion Die Linke. – Herr Kollege Scheel, bitte!

Sebastian Scheel (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Sachverständigen! Der Antrag ist vom März, als das Urteil schon ein paar Tage her war. Insofern sind ein paar Monate ins Land gegangen. Wir haben auch schon ein paar Instrumente genutzt, aber ich glaube, das Kopfzerbrechen, das in der Politik vorhanden ist, ist immer noch greifbar. Dass die Konstruktion der Schuldenbremse auf Bundesebene und äquivalent im Landesparlament die Kategorie konjunktureller Probleme sieht, die Kategorie einer Notlage, die plötzlich über einen kommt, Extremwetterereignisse sind gerade genannt worden, das ist bekannt, aber die Konstrukteure dieser Schuldenbremse haben so etwas wie eine Transformationsdekade überhaupt nicht im Kopf gehabt, sonst wäre es wahrscheinlich in irgendeiner Weise im Rahmen der Föderalismusreform mit eingegangen. Insofern stehen wir in der Tat vor einer etwas komplexen Situation, eigentlich nicht komplex, sondern fast eine unlösbare Situation, in der wir immense Geldmittel bereitstellen müssen, um die notwendigen Investitionen zu

tätigen, das Ganze aber noch so, dass es sich sozialverträglich gestaltet, und das vor dem Hintergrund, zwei Beiträge haben es noch einmal klargemacht, dass die Frage der klimaverträglichen Umrüstung unserer Systeme eigentlich keinen Aufschub duldet. Insofern sind wir natürlich sehr daran interessiert, wie man dieses Dreieck zwischen Klimaverträglichkeit, sozialer Verträglichkeit und Versorgungssicherheit letztendlich sinnvoll gestaltet. Da danke ich, dass Sie uns mit Ihrer Kompetenz heute zur Verfügung stehen.

Die Zahlen, die genannt werden, sind natürlich Wahnsinn oder, sagen wir es mal so, schwer zu fassen. Es ist für einen seriösen Diskurs, glaube ich, zuträglich, wenn man erst mal davon spricht, dass sie schwer zu fassen sind. Natürlich treibt uns die Sorge um. Herr Holm hat gerade gesagt: Ja, die Abbildung des Finanzbedarfs ist bei unterschiedlichen Unternehmen aus der Bankerperspektive darstellbar. – Gut, dann werden die Investitionen getätigt. Am Ende stellt sich die Frage: Wenn wir keine Mittel finden, um diese Investitionen auch entlastend zu bezuschussen – da ist gerade so ein bisschen der Hase im Pfeffer oder der rosa Elefant –, worauf würde es dann hinauslaufen, was die Kostenseite beim Endverbraucher angeht? Wir haben nur zwei Varianten: Entweder strecken wir das Ganze in die Ewigkeit, dann haben wir ein Problem mit der Dringlichkeit der Aufgabe, dass es vielleicht nicht so wahrnehmbar ist, oder wir müssen schnell handeln. Wie reagieren denn Banken auf die Frage der Refinanzierung dieser Investitionen? Vielleicht können Sie uns da mal einen Hinweis geben, wie die Banken das angucken, wenn wir davon reden, dass wir quasi rein kreditfinanzierte Investitionsvorhaben, die maximal durch Transaktionskredite in Form von Eigenkapitalmaßnahmen versorgt werden – – Wo ist da der Spielraum? Können wir das zwischen 10, 30, 50, 100 Jahren irgendwie sinnvoll darstellen? Da ist natürlich auch die Frage nach der Zinslandschaft, die die Banken erwarten, um das zu finanzieren. – Das wäre die eine Frage.

Die zweite Frage, die sich an Frau Schenuit und Herrn Müller richtet: Ein Thema haben Sie gerade genannt, das Saarland. Gibt es denn weitere Beispiele in anderen Bundesländern, wie versucht wurde, einen Umgang mit diesem Verfassungsgerichtsurteil zu finden, die man als Best Practice mitnehmen kann? Den Bezug auf die Jährlichkeit habe ich jetzt schon wahrgenommen, aber vielleicht können Sie das noch ein bisschen exemplifizieren. Gibt es denn Möglichkeiten für andere unterstützende Finanzierungen? Man kann ja Anleihen aufnehmen, vielleicht eine Bürgeranleihe – wäre vielleicht eine Idee. Vielleicht gibt es auch solche Konzepte, die in irgendeiner Weise da sind, wo sich Leute am Projekt der Klimawende so beteiligen, dass wir dieses Thema Schuldenbremse anders handhaben können. Vielleicht gibt es da ein Thema, wo Sie uns helfen könnten. – So weit erst mal für die erste Runde! Ich bin auf den Austausch gespannt. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann für Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Fraktion an die Anzuhörenden für ihre Inputs! Vorweg noch mal, meine Kollegin hat bei der Begründung schon anklingen lassen, dass wir von Bündnis 90/Die Grünen uns grundsätzlich erst mal darüber freuen, dass sich der Senat über alternative Klimafinanzierungen Gedanken macht. Allerdings stellen wir auch fest, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt ein Jahr her ist. Wenn man dem Senat mal unterstellt, dass dieses ganze Sondervermögen Klimaschutz nicht eine Reaktion auf den damals anstehenden Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“, sondern ernst gemeint war, stellt sich natürlich schon die Frage, wa-

rum es so lange dauert, bis wir vom Senat oder Finanzsenator mal wirklich was Belastbares an Papier präsentiert bekommen. Da liegt nichts vor. Wir hatten es heute erwartet. Deswegen auch die Erwartung, dass SenFin heute vertreten ist und mal etwas vorgelegt wird! Man hört ja, was im Senat so diskutiert wird, dass es da irgendwelche Papiere geben soll, die offiziell natürlich kein Mensch kennt, aber es ist schon so eine Sache. Wann liegt denn endlich mal was auf dem Tisch? Es ist doch eigentlich gar nicht so tragisch. Was man machen kann, wir haben es auch gehört, ist keine Hexerei. Wir reden über Transaktionskredite, Darlehensprogramme oder vielleicht auch die Gründung von Investitionsgesellschaften, die rechtlich umgesetzt werden könnten und wo zumindest die Koalition auch auf die Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen setzen kann, denn uns ist es ein Anliegen, und die Notwendigkeit sehen wir ja tagtäglich, dass es nicht reicht, dass wir sozusagen schauen müssen, wie wir irgendwoher Geld bekommen können.

Was mich erst mal grundsätzlich interessiert, ist, Herr Holm, Sie haben gesagt, die landeseigenen Betriebe – was war das? – haben 20 Milliarden angemeldet, aber das sind nur die landeseigenen Betriebe. Wenn wir Berlin wirklich klimaneutral machen oder unser nächstes Klimaziel 2030 erreichen müssen, dann würde mich interessieren: Haben wir eigentlich mal eine Gesamtsumme jenseits der Landeseigenen? Wissen wir, was sonst ansteht? Allein 50 Prozent der CO_2-Emissionen kommen aus dem Gebäudebereich. Das sind nicht nur landeseigene Wohnungen, sondern auch viele private Gebäudebesitzer, die eigentlich dringend in die energetische Sanierung hineingehen müssten. Da müssen wir uns auch überlegen, wie wir die vorwärtskriegen. Gerade da sehen wir nach wie vor ein großes Sorgenkind. Die Sanierungsrate ist bedenklich niedrig in Berlin. Was man zumindest heute gelesen hat, ich glaube, im Checkpoint stand, dass sozusagen die Förderung der Gebäudesanierung noch mal heruntergedreht werden soll. Genaueres werden wir vielleicht morgen erfahren. Aber das ist natürlich bedenklich, auch wenn ich sehe, dass das Programm eigentlich stark nachgefragt wird, wir aber noch unzählige Anträge haben, die unbearbeitet sind. Das sind über 1 200. Da müssten wir eigentlich dringend etwas machen.

Herr Holm, Sie sprachen sehr stark von den Landesunternehmen. Da hört man aus dem Senat, dass die landeseigenen Unternehmen so ausgestattet werden sollen – – Also nach dem höchsten CO_2-Ausstoß! Das dürfte wahrscheinlich die BEW gleich als Erstes sein. Wen wundert es? Aber die Frage ist: Sollen alle Landesunternehmen erst mal ihr eigenes Unternehmen dekarbonisieren, oder ist vorgesehen, dass diese Unternehmen auch andere Klimaschutzfinanzierungen stemmen können oder sollen, und wie würde so was ausschauen? Gibt es da Modelle? Vielleicht auch an die anderen beiden Anzuhörenden die Frage, wie man an so was heran kann. Wir müssen schauen, dass wir das breiter denken. Sind alle Landesunternehmen im Fokus einer Eigenkapitalzuführung? Sie sagten schon, die BEW sei gut aufgestellt. An die Stromnetz GmbH haben wir erst 300 Millionen gegeben. Reicht das schon wirklich aus? Wie lange reicht das aus? Und die Frage: Sind überhaupt alle Unternehmen in der Lage, diese Klimaschutzmaßnahmen zusätzlich umzusetzen? Sprich: Haben sie das Know-how? Haben sie die Fachkräfte? Wie schaut der Verschuldungsgrad et cetera aus?

Schauen wir noch mal auf die BEW, die ohne Frage den größten CO_2-Rucksack hat! Gehen wir richtig in der Annahme, dass der Senat gemeinsam mit der BEW, wie hier schon angekündigt, den Dekarbonisierungsfahrplan, damals von Vattenfall entworfen, wirklich überarbeitet? Bis jetzt hieß es immer nur: Prüfung. Ich habe letztens eine schriftliche Anfrage gestellt. Da hieß es: Niemand wird den wirklich komplett überarbeiten. – Dann ist die Frage zu

den Investitionen: Wenn ich jetzt die Investitionen auf den ehemaligen Vattenfall-Dekarbonisierungsfahrplan anwende, diese ganzen Biomassekraftwerke, die geplant sind et cetera, was da alles drin steht, oder auch den ganzen grünen Wasserstoff zugrunde lege, wie stark würde sich das dann verändern? Also müssen wir die Rechnung noch mal mit einem neuen Dekarbonisierungsfahrplan neu machen? Bis wann können wir damit rechnen? Wir fragen schon recht lange nach, es heißt, die Senatsverwaltung prüft. Wie lange prüft sie denn eigentlich noch?

Dann noch ein Thema: Gibt es Überlegungen im Senat, etwas mit Public-private-Partnership zu machen? Frau Giffey! Sie haben vorhin zur Frage der Linken zur GASAG gesagt, da haben wir nicht nur gute Erfahrungen gemacht, zum Beispiel bei den Wasserbetrieben. Der Regierende hat sich zumindest laut Medienberichten in den USA wieder eher positiv dazu geäußert. Da fragt sich natürlich schon: Sind das auch Möglichkeiten, um vielleicht hier Klimaschutzprojekte und -maßnahmen darüber zu finanzieren? Was halten Sie, Herr Müller und Frau Schenuit, von solchen Sachen?

Noch mal zu den Investitionsgesellschaften: Plant der Senat, neue Unternehmen zu gründen, und für welche Zwecke und mit welchem Zeithorizont? Irgendwann habe ich etwas von einer Immobiliengesellschaft für die Krankenhäuser gehört, dass man da was gründet, um dort letztendlich Sachen aufzunehmen und dorthin zu packen, dass die sozusagen als Dienstleister für solche Klimaschutzmaßnahmen herhalten sollen. – So weit erst mal von mir! Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber als Sprecher für die SPD-Fraktion dran.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will vorab sagen: Ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und wir darüber mal diskutieren können. Gleich als Antwort an den Kollegen Dr. Taschner: Natürlich war das mit dem Klimasondervermögen ernst gemeint. Ich glaube, da kennen Sie den einen oder anderen, auch mich, dass das für uns wirklich eine Herzensangelegenheit war und ist. Trotzdem muss man zur Kenntnis nehmen, wie das Urteil ist. Nach dem Gutachten vom Wissenschaftlichen Parlamentsdienst und dem Ergebnis der Finanzverwaltung muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir diesen Weg nicht weiter beschreiten konnten. Ob es andere Möglichkeiten gegeben hat, will ich jetzt nicht weiter vertiefen. Das ist jedenfalls die offizielle Linie.

Der zweite Punkt ist: Meine Fraktion sieht die Schuldenbremse in der Form, wie sie jetzt ist, absolut kritisch. Die muss verändert werden, die kann so nicht bleiben. Ich bedauere, dass der ehemalige Bundesfinanzminister – aus welchen Gründen auch immer, weil er meinte, damit kommt er über 5 Prozent – dieses Thema dermaßen hochgefahren hat, denn ich glaube, die Ministerpräsidenten der Bundesländer, und zwar verschiedener Fraktionen, sind sehr wohl der Meinung, dass man da etwas machen muss. Ich gehe davon aus, dass es auch die Möglichkeit geben wird, dort entsprechend für eine Veränderung zu sorgen.

Herr Dr. Holm! Was mir jetzt wichtig ist, ist, dass Sie verschiedene Dinge noch etwas präziser darstellen. Erst mal haben Sie schon auf das Thema PPP reagiert. Da will ich gleich sagen, die Haltung meiner Fraktion ist da sehr kritisch, weil wir das aus der Vergangenheit kennen und keine guten Erfahrungen damit haben. Deshalb habe ich so meine Zweifel, dass wir unse-

re Position ändern – wenn, dann müsste das schon ein Vorschlag sein, der aus unserer Sicht nachvollziehbar einen Vorteil bringt. Ansonsten ist ja die Idee, zu der ich heute auch gerne etwas von der Finanzverwaltung gehört hätte, aber Frau Senatorin Giffey wird mit Sicherheit etwas dazu sagen, wie wir unsere Landesbeteiligungen so fit machen können, dass wir über diese Kredite aufnehmen und Finanzierungsmodelle machen können, also dass wir die so mit Eigenkapital ausstatten, dass sie die Mindestvoraussetzungen der Banken zu erfüllen. – Vielleicht, Herr Dr. Holm, können Sie auch etwas allgemein zu den Anforderungen sagen, die die IBB an Unternehmen stellt, die in öffentlicher Hand sind, ohne etwas über einen konkreten Fall zu sagen. – Ich sehe das übrigens zurzeit unter den rechtlichen Kriterien, die wir im Augenblick haben, als einzige Möglichkeit, dort etwas zu machen.

Da wünsche und hoffe ich, dass sich der Senat – wir kennen das Thema auch aus dem Beteiligungsausschuss – über jede einzelne Unternehmung des Landes Berlin klar äußert, welche Möglichkeiten bestehen, etwas zu machen. Wir werden den ganzen Energiebereich mit Solar und anderen Dingen, die wir alle machen wollen, auch die energetische Sanierung der Gebäude, nicht hinbekommen, wenn die Landesbeteiligungen dort nicht eigene Finanzierungsmöglichkeiten haben. Das ist teilweise schon der Fall, teilweise ist es nicht der Fall. Da erwarte ich vom Senat – deshalb auch die Frage an Sie, Frau Senatorin Giffey – demnächst mal eine Aufstellung darüber: Was ist machbar? Was muss verändert werden? Welche Beschlüsse müssen gegebenenfalls über Aufsichtsräte angepasst werden? Welche Leistungen muss das Abgeordnetenhaus erbringen? – Das ist ein ganz entscheidender Punkt, denn wenn wir die Ziele – Dr. Taschner weiß, was ich meine –, die wir damals in der Enquete-Kommission aufgestellt haben – – Dann gehört neben der Rekommunalisierung auch ein zeitlicher Fahrplan dazu. Ich erinnere mich an alte Koalitionsvorhandlungen, wo wir Debatten darüber gemacht haben, ob wir das noch fünf oder zehn Jahre vorziehen können. Heute wäre ich schon zufrieden, wenn wir das Ziel, das wir haben, erreichen, und das geht nicht ohne Geld. Und es wird nicht ohne unsere Landesbeteiligungen und entsprechende Finanzierungen gehen. Deswegen geht es mir bei den Landesbeteiligungen nicht um Gewinnentnahmen. Mir geht es um Eigenkapitalzuführungen und die Fähigkeit, Kredite aufzunehmen.

Frau Schenuit! Ich würde Sie bitten, dass Sie mir das mit dem Saarland noch mal genauer erklären. Da hat der eine oder andere ein bisschen zugehört. Vielleicht können Sie das noch konkretisieren.

Herr Müller! An Sie die Frage, weil Sie das sozusagen nicht aus der üblichen Regierungsposition sehen, aber Agora war damals mit Herrn Graichen auch in unserer Enquete-Kommission, vielleicht können Sie noch etwas genauer ausführen, welche Möglichkeiten Sie aus Ihrer Sicht unter Einbeziehung der Landesbeteiligungen sehen würden, hier entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit wir diesen riesigen Investitionsstau, den wir haben, auflösen und das Ziel Klimaneutrales Berlin 2045 erreichen können. – Das soll es von meiner Seite aus sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dörstelmann, ebenfalls aus der SPD-Fraktion.

Florian Dörstelmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die interessanten Ausführungen, mit denen Sie ins Thema eingestiegen sind! Es ist jetzt schon viel gefragt worden, ich will es deshalb reduziert halten. Ich habe drei kurze Fragen und Anmerkungen. Vielleicht in der Reihenfolge: Herr Dr. Holm! Sie sprachen davon, dass Sie in Ihrem Portfolio für die einzelnen Beteiligungen diese CO_2-Ausstöße et cetera, welche Kosten das verursacht, reduzieren müssen. Das war recht beeindruckend, welche Zahlen im Raum stehen. Mich würde jetzt mal von der banktechnischen Seite her interessieren: Sind Sie durch die Feinsteuerung in der Lage abzuleiten, was die Reduktion auf die Tonne gerechnet für die einzelnen Unternehmen an Aufwand bedeutet? Das ist ja ein kritischer Faktor, wenn man sich das mal anschaut. Wenn ich eine verlässliche Berechnung und Ableitung haben will, muss ich ja irgendein Instrument haben, um das zuordnen zu können. Das ist nicht einfach, sondern sehr fordernd, auch von den Ableitungsprozessen her. Mich würde einfach interessieren, ob es dafür ein Tool bei Ihnen gibt, das Ihnen da einen präzisen Überblick ermöglicht.

Das Zweite wäre eine Frage an Herrn Müller. Sie sind ja mit der Forderung nach einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft eingestiegen. Das ist nun ganz klar unser Ziel, allerdings würde mich interessieren, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit durch den Prozess insgesamt steigern können. Sie haben ein Beispiel mit dem großen Elektro-Pkw gebracht, der sich irgendwann rechnet. Das ist natürlich richtig, das ist mir auch bekannt. Aber das ist ja keine Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Produkts insgesamt. Also wie stellen Sie sich vor, dass wir über den Prozess insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen? Dass ein Produkt selbst möglicherweise nicht teurer ist als ein anderes vergleichbares Produkt, hier aus der gleichen Produktion oder aus dem gleichen Produktionsumfeld, ist das eine, aber die Wettbewerbsfähigkeit über den Prozess der Transformation insgesamt zu steigern, ist etwas ganz anderes.

Das Dritte anschließend an Frau Schenuit: Sie haben die Schäden aufgezählt, die unbestreitbar zunehmen und ganz wesentlich auf dem Klimawandel beruhen. Das wird, glaube ich, inzwischen zum Glück auch nicht mehr ernsthaft bestritten. Mich würde trotzdem eines interessieren: Die Mechanismen, über die wir jetzt sprechen, und die Möglichkeiten, die wir jetzt erörtern, sind alles Möglichkeiten auf nationaler Basis, genauso wie diese Schäden, aber dass wir diese Schäden damit vermeiden könnten ohne einen internationalen Ansatz, der ein konsensualer Mechanismus sein müsste, der offeriert wird, das sehe ich nicht. Mich würde schon interessieren, wie diese Schadensvermeidung insgesamt funktionieren soll und an welche abgestimmten Vorgehensweisen da gedacht ist, denn die Bemühungen sind nun leider höchst unterschiedlich.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann für die AfD-Fraktion der Kollege Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an Sie von unserer Seite! Wir sprechen heute einmal wieder über Geld bei knappen, nein, leeren Kassen, ein Thema, das in Berlin wie auch bundesweit kontrovers diskutiert wird und auch die verfassungsrechtliche Frage der Schuldenbremse betrifft. Herr Stroedter hat es gleich angesprochen. Die Frage ist: Wohin können und sollen unsere Steuergelder fließen? Die unbequeme Wahrheit aus unserer Sicht ist: Die Milliardenbeträge, die Sie von Linken, Grünen bis zur angegrünten CDU aktuell in die sogenannte Energiewende und Dekarbonisierung stecken, sind in ihrem klimapolitischen Nutzen weder nachweislich gesichert noch verhältnismäßig.

Darum muss Berlin umdenken. Statt einer hochtrabenden Klimarettungspolitik, die auf ungesicherten Annahmen beruht, brauchen wir eine handfeste Strategie. Wir müssen unsere Stadt resilient machen und auf die realen messbaren Herausforderungen vorbereiten. Frau Schenuit hat das angesprochen.

Der Berliner Senat wollte ein sogenanntes Sondervermögen für die Energiewende und Dekarbonisierung aufsetzen. Das haben wir immer wieder besprochen. Wir nannten das Sonderschuldensenatspakt. Doch was ist daraus geworden? – Ein verfassungsrechtliches Fiasko! Das Vorhaben war schlichtweg nicht rechtssicher umsetzbar. Aber anstatt die Lehren daraus zu ziehen, werden jetzt hektisch neue Finanzierungsmodelle gesucht, und die gibt es, die haben wir gehört, es geht über die Landeseigenen, klar, um die vermeintliche Klimarettung irgendwie zu finanzieren. Die Frage, die sich stellt: Ist das wirklich der richtige Weg? Die Klimaziele, die sich Deutschland und Berlin gesteckt haben, insbesondere die Verpflichtung aus dem Pariser Abkommen, sind nicht nur ambitioniert, sondern in weiten Teilen unrealistisch. Selbst viele Wissenschaftler sind sich mittlerweile einig, dass unabhängig davon, ob man es überhaupt für anstrebenswert hält, das lassen wir mal weg, das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch zu erreichen, und das, obwohl wir Milliarden in die Reduktion von CO_2 pumpen – – Aber was bekommen wir dafür? – Ein paar Hundertstel Grad weniger Erwärmung, wenn überhaupt!

Berlin nicht, Deutschland nicht und auch Europa nicht, das hat Kollege Dörstelmann angesprochen, werden das Weltklima retten. Während wir hier Unsummen für Solardächer, Windräder und Wärmepumpen sowie für Investitionen in die Netze und alles, was wir gehört haben, ausgeben, stellen sich viele Bürger die berechtigte Frage: Was bringt das alles wirklich? Wenn die großen Emittenten wie China und Indien weiterhin auf fossile Energien setzen, sind unsere Bemühungen jedenfalls symbolisch und im schlimmsten Fall eine teure Selbsttäuschung. Statt weiterhin Milliarden für eine utopische Vision zu verschwenden, sollten wir uns darauf konzentrieren, was wirklich zählt: Resilienz und Anpassung an extreme Wetterereignisse. Die kann man nun wirklich nicht leugnen, die gab es aber immer schon, im Ahrtal, auch in Valencia. Die treffen Berlin und Deutschland schon jetzt, völlig richtig, unabhängig davon, ob man das Narrativ des menschengemachten Klimawandels bemüht oder es sein lässt.

Was bedeutet das konkret? – Pragmatische Maßnahmen, die unmittelbar und messbar sind: Hochwasserschutz, wir alle erinnern uns an die verheerenden Überschwemmungen in Teilen Deutschlands, ja, auch Berlin ist davor nicht gefeit. Anstatt in symbolische Klimaschutzprojekte zu investieren, sollten wir in den Ausbau und die Modernisierung unserer Abwassersysteme und in Überschwemmungsschutzmaßnahmen investieren. Hitzeschutz und Begrünung der Städte, auch da sind wir völlig d’accord. Die Sommer werden heißer, das spüren wir alle. Berlin braucht grüne Oasen, die für Abkühlung sorgen, Dachbegrünungen, mehr Bäume in der Stadt, kühlende Fassaden. Das kann man alles machen, das macht Sinn. Stärkung der Infrastruktur, Investitionen in widerstandsfähige Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Stadt auch in Extremwetterlagen funktioniert, damit das öffentliche Leben nicht zum Erliegen kommt. Der Nutzen ist sofort sichtbar und spürbar, anders als die fragwürdigen Versprechen der Dekarbonisierungsstrategie, die in 20 oder 30 Jahren Früchte tragen sollen, wobei heute noch keiner weiß, wir hatten das öfter im Ausschuss, hier wie auch im Klimaausschuss, welche Technologien wie und mit welchen Geldern bereitstehen, Stichwort Wasserstoffstrategie. Da weiß keiner, woher und von wem das in welchen Mengen zu beziehen ist. Resilienzmaßnahmen schützen uns heute und morgen und sind weit weniger kostenintensiv als die utopischen Dekarbonisierungsprojekte.

Was wir aktuell erleben – ich komme zum Ende, aber wir haben ja eine Besprechung, insofern muss es auch möglich sein, diesen alternativen Standpunkt einzubringen –, ist der ideologisch aufgeladene Irrweg der Klimarettungspolitik, die auf einer falschen Prioritätensetzung beruht. Berlin und Deutschland wollen Vorreiter im Klimaschutz sein, doch diese Hybris hat ihren Preis. Wir verschulden uns bis über beide Ohren, um in einem globalen Wettkampf mitzuhalten, den wir allein gar nicht gewinnen können. Wenn wir uns mal sachlich angucken, was wir im Moment erleben, aufgrund der Strompreise, die nicht nur mit dem Angriffskrieg zu tun haben, sondern auch hausgemacht sind: Wir haben eine Deindustrialisierung. Wir verlieren Arbeitsplätze. Man muss völlig blind sein, wenn man dieses Thema einfach ausblendet. Das mal zum Wettbewerbsvorteil oder -nachteil der gesamten Energiewende. Stattdessen müssen wir unsere Kräfte auf das konzentrieren, was wir wirklich beeinflussen können, die Widerstandsfähigkeit unserer eigenen Stadt und unserer Bürger. Es geht um Realpolitik, die auf pragmatische Lösungen setzt, nicht auf ideologisch aufgeladene, fast religiös aufgeladene Träumereien und Glaubenssätze, Frau Bozkurt! – Ja, genauso ist es.

Ich komme auf meinen Anfang zurück: Berlin ist quasi, nicht juristisch, aber praktisch, ich sage das immer wieder, pleite. Wir haben keinen, wie Sie es nennen würden, resilienten Haushalt. Durch langfristig gebundene Verbindlichkeiten ist der politische Handlungsspielraum ohnehin schon stark eingeschränkt. Darum haben Sie als nicht-rot-rot-grüner Senat, da gucke ich auf die Kollegen der CDU, tatsächlich die Chance, dieses finanzpolitische Dilemma vor Augen, Abstand von der falschen Klimarettungspolitik zu nehmen, nur müssen Sie das dann eben aber auch gegen die ganze klimaaktivistische Linksfront offensiv vertreten und sich unbeliebt machen. Uns hätten Sie da an Ihrer Seite.

Das führt mich zu der Verständnisfrage an Frau Schenuit: Ich glaube, ich habe das richtig verstanden, das ist die Frage, Sie haben die Dekarbonisierung für Berlin berechnet, 2,25 Milliarden Euro pro Jahr gegenüber 1 bis 1,5 Klimafolgeschäden beziehungsweise, wie wir sagen, Resilienzstärkung. – [Zuruf von Carolin Schenuit (FÖS)] – Ja, die Schäden treten ein, aber denen kann man dann vielleicht auch präventiv entgegenwirken. Das ist sicherlich sinnvoll. Unser Plädoyer ist auch, dass wir das machen. Nur wenn man das mal berechnet, wir haben dann bis 2030, 2045 – – Nach Ihrer Rechnung ist das erst, wenn wir klimaneutral sind, also CO_2 auf null, mehr oder weniger, also vom Ausgleich, wir werden nie Nullemissionen haben, es geht um den Ausgleich. Das heißt, ab diesem Moment 2045 könnten theoretisch diese Klimafolgeschäden nicht mehr kommen. Klammer auf: Sie werden natürlich Wetterkatastrophen haben. Die kriegen Sie eben so nicht weg. Klammer zu! Das heißt, Sie müssen die 2,25 Milliarden plus die 1,5 rechnen. Da sind wir dann schon fast bei 4 Milliarden. Insofern glaube ich, angesichts der Tatsache, dass wir im Grunde tatsächlich keine finanziellen Spielräume mehr haben, lassen Sie uns darauf konzentrieren, die Klimafolgeschäden zu betrachten beziehungsweise Berlin und Deutschland präventiv resilient zu machen, was das betrifft! Das andere können wir uns nicht leisten, ist auch nicht notwendig, denn es wird das Klima nicht retten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann die CDU-Fraktion mit dem Kollegen Gräff!

Christian Gräff (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank noch mal an die Anzuhörenden! Ich würde es kurz machen und kurz zu dem Thema zurückkommen, das wir

hier heute haben, nämlich alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die notwendigen Investitionen. Positiv formuliert, wenn jeder in Deutschland seinen Job machen würde, für den er bezahlt wird, wären wir schon weiter. Deswegen machen wir hier keine Bundespolitik. Gestatten Sie mir aber einen Satz dazu: Wir sind eben nicht der Auffassung, dass wir neue Schulden brauchen, um das, was wir vor uns haben, insgesamt zu finanzieren, sondern wir glauben, wir haben innerhalb des bestehenden Haushalts genug Möglichkeiten, um das, was wir vorhaben, zu finanzieren. Ich darf auch mal daran erinnern, Frau Senatorin Giffey hat das auch getan, dass wir immer noch einen Rekordhaushalt mit Rekordeinnahmen haben. Insofern ist dieser Mythos, der herumgetragen wird, wir hätten ganz wenige Einnahmen und wüssten gar nicht, woher wir die Investitionen auf Bundes- und Landesebene nehmen sollen, natürlich totaler Quatsch.

Ich bin Herrn Holm sehr dankbar und habe zwei Fragen an ihn. Die erste Frage ist, welche Steuerungsmöglichkeiten Sie noch sehen, die die Landespolitik vornehmen könnte, und wo man möglicherweise noch Programme auflegen könnte, über die wir Investitionen zum Thema – in Anführungszeichen – Klimasondervermögen Energieversorgung vornehmen können. Also gibt es vielleicht noch Instrumente, an die wir gar nicht gedacht haben?

Dann habe ich einen zweiten Punkt. Ich weiß nicht, ob der schon bei Ihnen angekommen ist. Es ist schon indirekt angesprochen worden, Sanierung und Neubau, da ist bei uns angekommen, dass bei einigen Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlin möglicherweise der Bestand an geförderten Wohnungen, der bei denen sehr groß vorhanden ist, bei der Bilanzierung durch Wirtschaftsprüfer negativ bewertet wird, negativer, als er in den Büchern steht. Das führt natürlich genau zum gegenteiligen Effekt, den wir haben möchten. Das heißt, wir statten die landeseigenen Unternehmen mit mehr Eigenkapital aus, damit sie sich mehr mit Krediten versorgen können, und auf der anderen Seite werden die Bilanzen aufgrund eines solchen Sondereffekts abgewertet. Wenn das wirklich in Größenordnungen bilanziert werden oder auffallen sollte, dann wäre das ein wirkliches Problem bei dem Weg, den wir jetzt gemeinsam gehen wollen, das über die Eigenkapitalstärkung der landeseigenen Unternehmen, insbesondere der Wohnungsbauunternehmen, zu machen. Das wäre noch mal eine spezielle Frage. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann Frau Kollegin Bozkurt für Bündnis 90/Die Grünen!

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich beginne mit einer Frage an die Senatorin, die auch Aufsichtsratsvorsitzende der BVG ist. Es wurde durch die Anzuhörenden viel zum Bereich Verkehr gesagt, dass da staatliche Zuschüsse unerlässlich seien, insbesondere muss die Anschaffung der notwendigen Fahrzeuge sichergestellt werden. Welchen Weg ziehen Sie also in Betracht, die möglichen Instrumente zu nutzen, um die Investitionen in den Wagenpark, vornehmlich der U-Bahn, zu realisieren, eine Milliardeninvestition, die in diesem konkreten Fall mit Stadler einem Berliner Unternehmen und seinen Zulieferern zugutekommen würde.

Man hört immer wieder Zahlen. Inwieweit sind die hier angesprochenen Finanzierungsinstrumente des Berliner Gutachtens in der Finanzplanung des Senats berücksichtigt worden? Ich hatte vorhin auch in meiner Frage in der Aktuellen Viertelstunde gesagt, jetzt soll es mit den Kürzungsvorgaben konkreter werden. Nach einem verlorenen Jahr ist das doch eigentlich Zeit, und dann wüsste man vielleicht auch, wie die Finanzplanung auszusehen hätte. Da wäre

das ganz praktisch, wenn man das jetzt vereinen würde, wenn man sagen würde, die Klimatransformation kann jetzt nur so aussehen, und so werden wir das berücksichtigen. Jedenfalls wäre zu hoffen, dass das kommt.

Das Gefühl ist, dass der Senat nicht wirksam zusammenarbeitet und auch die einsamen Entscheidungen in Hinterzimmern der Koalition, das komplexe Wechselspiel zwischen Haushaltspolitik, Schaffung von Kapazitäten der Wirtschaft, Stichwort ist hier Fiscal Forward Guidance, Investitionen und Wachstum, dass das alles nicht berücksichtigt wird. Vielleicht kann die Senatorin sagen, ob das eine richtige Wahrnehmung von uns ist, und vielleicht darlegen, warum diese Wahrnehmung falsch ist.

Uns interessiert natürlich auch, dass es sicherlich Gründungen, Start-ups und Technologiefirmen gibt, die in die Transformation dringend einzahlen und die Förderungen bekamen, jetzt aber nicht mehr. Wir hatten dazu eine Anhörung, aber konkreter wurde es nicht. Alles was wir aus der Start-up-Szene hören, ob das von Verbänden oder Business-Angels-Verbänden, VCs und und und ist oder selbst Gründer/-innen, die sagen, die ganzen Förderungen sind ersatzlos gestrichen, jedenfalls gibt es keine Kommunikation dazu. Das ist eine Geschichte, vielleicht gibt es da auch eine Entwicklung, dass uns der Senat dazu einiges sagen könnte. Das wäre ganz interessant.

An die Anzuhörenden: Wir haben vor allem etwas über Investitionen in Verkehr und Energienetze gehört. Es würde sicherlich auch sinnvoll sein, den Bereich Wohnen und Gebäudesanierung dazu zu nehmen, insbesondere würde sich auch die Energieeinsparung sozial äußern. Welche Impulse würden Sie im Bereich Technologien setzen, wohl wissend, dass Innovationen aus der Wissenschaft über Start-ups und Ausgründungen bis zur Marktreife eine Weile benötigen? Wenn Sie da vielleicht ein paar Ideen hätten, die Sie mit uns teilen, wäre das ganz spannend.

Dann hatten Sie, Frau Schenuit, über die Situation im Saarland gesprochen. Der Kollege Stroedter hat da noch mal nachgefragt. Das Saarland hat 2022 über 3 Millionen Euro Kredit aufgenommen, nicht Ermächtigung für die Zukunft auf Grundlage von Notlagenbeschlüssen beschlossen. Das ist der Unterschied zum KTF im Bund und zum geplanten Sondervermögen in Berlin. Es gab also ein Startkapital. Das ist der gravierende Unterschied. Deshalb ist es verfassungskonform. Das hätte man hier auch machen und berücksichtigen können. Ehrlicherweise bin ich erschrocken, dass der Senat das nicht geprüft hat, spannend, aber ja, vor allen Dingen, nachdem man das mit dem KTF-Urteil verstanden hat, hätte man das eigentlich längst machen können zu sagen, man nimmt einen Kredit auf, hat ein Startkapital und kann damit loslegen. Vielleicht kann die Senatorin hierzu ein paar Ausführungen machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Damit haben wir erst mal alle Wortmeldungen abgearbeitet und kommen zu den Antworten. Wir beginnen mit der Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin Giffey, Sie hätten dann das Wort, bitte!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde erst mal versuchen, aus unserer Sicht, aus Senatssicht ein paar Dinge allgemein darzulegen, und dann auf die einzelnen Fragen eingehen. Zunächst einmal haben wir alle miteinander die gleiche Ausgangsbasis. Alle haben ein Stück weit an das Sondervermögen geglaubt,

waren dafür, dass wir das machen und diesen Weg auch gehen. Ich kann mich gut an die Unterstützung seitens der Oppositionsfraktionen erinnern. Das war ein positiv notierter Punkt, den wir gemacht haben. Wir alle konnten, glaube ich, nicht damit rechnen, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu ausgeht. Insofern glaube ich, ist erst mal bei der Ausgangslage niemandem ein Vorwurf zu machen. Das war der Versuch, eine große Transformationsaufgabe, die wir unstreitig miteinander haben, über ein anderes Mittel zu ermöglichen, das eben schuldenbremsenkonform funktioniert. Ich glaube, das kann man erst mal festhalten. Als dann klar war, dass das auf Bundesebene nicht geht, war unsere Aufgabe zu schauen, in welche Situation sich das Land Berlin begibt. Ich möchte daran erinnern, dass wir damals gesagt haben, wir prüfen, was mit unserem Sondervermögen ist und welche Auswirkungen das Urteil auf Bundesebene für Berlin hat. Das war verantwortliches Handeln, nämlich zu sagen, wir machen jetzt nicht einfach weiter mit unserem Sondervermögen, sondern wir lassen das rechtlich noch mal gut prüfen und überlegen dann, ob wir unseren eingeschlagenen Weg auch verlassen und Alternativen suchen.

Das ist Anfang des Jahres passiert. Es gab dann das entsprechende Rechtsgutachten. Wenn Sie sich erinnern, im Januar/Februar. Und dann gab es eben die Aussage, dass auch das Berliner Sondervermögen klagebewehrt sein kann, dass es nicht sicher ist, ob das nach der aktuellen Rechtsprechung sozusagen rechtlich so funktioniert. Dann haben wir als Senat die Entscheidung getroffen, umzusteuern und mit diesem Sondervermögen nicht weiterzumachen. Die Umsteuerung war dann eben zu sagen, es soll statt des Sondervermögens ein Transformationspaket geben, das eben aus mehreren Teilen besteht und versucht, alternative Finanzierungsformen aufzuzeigen. Ich will noch mal daran erinnern, dass Teil eins dieses Transformationspaketes ja bereits umgesetzt ist. Das war der Nachtragshaushalt, um den Erwerb der Fernwärme zu realisieren und um die Eigenkapitalbasis der Stromnetz Berlin GmbH so zu erhöhen, dass wir einen veritablen Betrag, nämlich über 300 Millionen, dort als Eigenkapitalbasis dazugeben, damit die notwendigen Investitionen in die Transformation des Berliner Stromnetzes ermöglicht werden. Das ist geschehen. Das ist eine ganz wesentliche Grundlage, Weichenstellung für die Transformationsjahre des nächsten Jahrzehnts. Das will ich einfach noch mal sagen, dass wir diesen Teil gemacht und gemeinsam geschafft haben, auch mit der Unterstützung des Parlaments.

Ein Teil zwei war dann das Thema des Klimapaktes mit den Berliner Landesunternehmen. Das ist ja heute auch das Thema. Dafür braucht es Vorbereitungen. Es braucht dafür einen konzertierten Angang, mit den Landesunternehmen gemeinsam zu prüfen, welche Punkte die beim Thema Dekarbonisierung haben, wo sie im Moment stehen, welche Investitionen dafür notwendig sind, welche transformationsbezogenen Investitionsprojekte zusätzliches Eigenkapital brauchen, wie hoch das ist und in welchen zeitlichen Abläufen das passieren kann. Es ist völlig klar, dass das keine Aufgabe nur für eine Legislaturperiode ist, sondern für einen wirklich großen Zeitraum an Jahren, und es sind milliardenschwere Investitionen. Das ist, glaube ich, unstreitig. Deshalb ist auch klar, dass das nicht alles von heute auf morgen mit Detailzahlen untersetzt werden kann. Wir haben uns verständigt, dass wir diesen Klimapakt mit den Landesunternehmen als Alternativmodell zum Sondervermögen fahren und genau darüber ermöglichen wollen, dass eben die nötigen Investitionen auch getätigt werden. Die nötigen Investitionen sollen dafür getätigt werden, ich rufe es noch mal in Erinnerung, dass wir im Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 70 Prozent Kohlendioxidemissionen und im Jahr 2040 90 Prozent reduzieren, bis 2045 dann 95 Prozent. Das ist die Vorgabe aus unserem Berliner

Klimaschutz- und Energiewendegesetz. Das ist sozusagen eine wichtige Orientierung auch für den Klimapakt mit den Landesunternehmen.

Das heißt also, wir müssen uns in einem ersten Schritt anschauen, welche Emissionen unsere Landesunternehmen heute noch verursachen, wie hoch die eigentlich sind und welche technischen, finanziellen und kapazitätsmäßigen Möglichkeiten es gibt, diese Emissionen zu mindern. Genau das ist das, was jetzt passiert. Es ist natürlich klar, dass unsere Landesunternehmen zu denen gehören, die tatsächlich viel Energie verbrauchen. Ich sage nur BVG, die brauchen sehr viel Energie, natürlich auch viele andere. Die sind Dienstleister für die ganze Stadt, die brauchen sehr viel Energie und sind natürlich für einen relevanten Teil unserer Gesamtemissionen an CO_2 verantwortlich. Das ist ganz klar. Das heißt also, wenn wir unsere Landesunternehmen dekarbonisieren, dann ist das ein wichtiger Hebel für die Klimaneutralität der Stadt. Das bedeutet, dass wir eben alles daran setzen müssen, genau dies zu tun, die Energiebilanz unserer Landesunternehmen zu verbessern, das heißt weniger Energieverbrauch, stärkere Nutzung von grünem Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien, generell mehr erneuerbare Energien, weniger Verbrauch, bessere Energiebilanz. Das ist das Ziel für alle Akteure in dem Bereich. Selbstverständlich gibt es da große Unterschiede bei den Landesunternehmen, und es geht darum, dass wir uns genau mit jedem einzelnen Unternehmen anschauen, was da entsprechend auch passieren kann und welches Eigenkapital notwendig ist, damit wir schuldenbremsenkonforme Transaktionskredite tatsächlich aufnehmen können.

Was ist jetzt also geschehen? – Ich spreche hier an dieser Stelle nicht für die Wirtschaftsverwaltung, sondern für die Finanzverwaltung, weil die Finanzverwaltung die Gesamtkoordination dieses Klimapaktes in den Händen hält. Es gab in der ersten Jahreshälfte eine Abfrage an alle unsere Landesunternehmen, um entsprechend zu klären, wie es bei ihnen, ihren Emissionen, ungefähren Schätzungen und so weiter aussieht. Das war erst mal eine grobe Einordnung, um ein Stück weit den Senatsbeschluss beziehungsweise die Befassung mit der Senatsvorlage Alternative Finanzierungsformen vorzubereiten. Diese Senatsbefassung ist am 29. Oktober erfolgt. Wir hatten dort die Besprechung der Unterlage Neue Finanzierungsmodelle. Die hat der Senat zur Kenntnis genommen. Das ist jetzt auch die Basis für alle weiteren Arbeiten am Klimapakt.

Was passiert? – Die Senatsverwaltung für Finanzen hat eine zweite, eine finale Abfrage mit einem erweiterten Berichtsformat gemacht, denn es ist aus der ersten Abfrage deutlich geworden, dass die Unternehmen sehr unterschiedlich geantwortet haben, auch in unterschiedlichen Kategorien zugeordnet haben, welche Emissionen sie haben, was sie für Investitionen brauchen und so weiter. Wir brauchen da eine sehr einheitliche Abfrage, um eine Vergleichbarkeit herzustellen und noch mehr Informationen zu bekommen, um entsprechend agieren zu können. Es ist so, dass diese Abfrage jetzt gerade läuft. Die Frist dafür, die den Landesunternehmen gesetzt wurde, ist Ende dieses Jahres, also das heißt vor Weihnachten. Wir haben noch fünf Wochen. Und dann wollen wir natürlich etwas verlässlichere Größenordnungen haben als die, die wir bis jetzt haben. Wenn wir das dann haben, wenn das entsprechend ausgewertet ist, dann wird der Klimapakt entsprechend geplant. Dann werden wir auch wissen, was die Landesunternehmen selbst angeben, welche Investitionen sie tätigen wollen, wie viel Eigenkapital sie brauchen, wie viel schuldenbremsenkonforme Transaktionskredite sie einplanen würden, und wie wir das ermöglichen können.

All das muss aufbereitet werden, und wir haben von der Senatsfinanzverwaltung jetzt die Information, dass der Beschluss dieses Klimapaktes dann mit den entsprechend untersetzen Größenordnungen im Frühjahr 2025 erfolgen soll, also in den nächsten vier Monaten, und dass wir dann tatsächlich auch in die detaillierte Dekarbonisierungsplanung bei den Landesunternehmen einsteigen. Es soll dargestellt werden, welche Maßnahmen dort gemacht werden, wie die Investitionsplanung dafür aussieht, welche Einnahmeseite und Eigenkapitalbasis notwendig sind und welche Finanzierungsformen und Gesellschaftermittel in den nächsten Jahren bis 2030 dafür benötigt werden.

Ich denke mal, dass Herr Holm auch gleich noch etwas zu der Einschätzung der IBB zur Gesamtfinanzierung, die wir im Land haben, sagen wird. Es ist nicht nur so, dass die Landesunternehmen hier einen Beitrag leisten müssen, sondern es ist auch so, dass natürlich insgesamt in der Stadt in das Thema Klimaneutralität investiert werden muss. Man muss ganz klar sagen, dass der größere Teil der klimabedingten Mehrinvestitionen von der privaten Seite zu stemmen sein wird, also von den Unternehmen, Wohngebäudeeigentümern, Hauseigentümern, also von privater Seite. Wenn wir uns die letzte IBB-Studie zu diesem Thema anschauen, rechnet sie im Jahr mit Mehrinvestitionen von 1,8 Milliarden Euro insgesamt, um die Klimaneutralität in Berlin zu erreichen. Das ist sozusagen ein Prozent des Berliner BIP. Das ist alles, das ist nicht nur das, was aus dem Haushalt finanziert wird, sondern das, was aus dem Haushalt finanziert wird, wird deutlich geringer, also aus Landes- oder öffentlichen Mitteln, sondern der größere Teil wird tatsächlich im privaten Bereich liegen. Das bedeutet, es ist eben eine Aufgabe für die gesamte Stadt.

Wenn man sich fragt, was wir nun dazu tun und was schon im Haushalt enthalten ist, will ich noch mal auf unsere Programme hinweisen, die im Etat vereinbart sind, ganz vorne natürlich SolarPLUS, die wirtschaftsnahe Elektromobilität WELMO, aber auch der InvestitionsBONUS oder die GRW-Förderung, die dafür eingesetzt wird, dass wir die Transformation der Wirtschaft voranbringen, und wie gesagt, ich hatte es vorhin schon erwähnt, der Nachtragshaushalt Energie, der natürlich massiv Möglichkeiten für die Stromnetz Berlin GmbH entsprechend liefert.

Wir haben diesen Klimapakt mit den Landesunternehmen noch nicht in einen Status, wo ich Ihnen sagen kann, das ist jetzt beschlossene Sache, und soundso viel geht pro Unternehmen rein, sondern wir sind im Moment, auch in Absprache mit der Finanzverwaltung beziehungsweise die Finanzverwaltung federführend, in der Erhebung der Größenordnungen der Maßnahmen und Investitionsbedarfe, um dann zu wissen, welche Finanzierungsquellen dafür verwendet werden. Insofern ist das ein laufender Arbeitsprozess. Wenn Sie mich fragen, wie es in einzelnen Landesunternehmen mit den Dekarbonisierungsfahrplänen aussieht, es ist vorhin nach der BEW gefragt worden, das ist ein Thema, das in der letzten Aufsichtsratssitzung eine wichtige Rolle gespielt hat, wir arbeiten gerade am strategischen Leitbild für die BEW und am Dekarbonisierungsfahrplan. Das sind die beiden großen Themen für die BEW, die wir strategisch haben. Der Dekarbonisierungsfahrplan ist schon in der Vattenfall-Zeit gemacht worden. Da gibt es eine Grundlage, und es ist völlig klar, dass daran etwas verändert werden muss. Wir haben in der letzten Aufsichtsratssitzung über den Zeitplan und die Schritte, die dafür nötig sind, gesprochen. Es wird daran sehr intensiv gearbeitet, und ich denke, dass wir einen Dekarbonisierungsfahrplan zu Beginn des neuen Jahres so weit haben, dass man sich darauf stützen kann. Darüber können wir hier in dem Rahmen gerne noch mal informieren.

Vorhin kam die Frage, wie es mit Public-private-Partnership aussieht. Ich glaube, man muss da ein bisschen unterscheiden. Ich glaube, Herr Taschner hat das gefragt. Public-private-Partnership jetzt für die BEW? Also ich sage mal, die BEW ist ja nun gerade in Landeshand gegangen. Wir haben gerade gemerkt, dass wir mit der GASAG nicht weiterkommen, und das führt dazu, dass wir die Frage der kommunalen Aufgabenwahrnehmung bei der BEW belassen werden und dass wir da jetzt erst mal nicht die Wärme mit irgendwelchen privaten Partnern machen. Für den konkreten Fall sage ich, der Plan ist, dass wir entsprechend die BEW als Landesunternehmen so führen und dass wir alles, was nötig ist, auch begleiten.

Wenn Sie grundsätzlich nach Public-private-Partnership fragen, dann muss man sagen, es kommt darauf an. Wenn ich mir anschaue, wie viele unserer Unternehmensgründungen durch private Venture-Capital-Geber ermöglicht werden, plus eben auch Fördergelder, Gründungsförderung hier in der Stadt vom Land, von der IBB, dann ist das sehr wohl so, dass wir da unterschiedliche Quellen an Finanzierung haben und dass es auch unterschiedliche Möglichkeiten gibt, das zu nutzen. Insofern gibt es da keinen Widerspruch, Sie haben das ja so ein bisschen aufgemacht, sondern es geht darum, dass wir eben schauen, an welcher Stelle das funktionieren kann und an welcher Stelle es nicht geht. Hier an der Stelle GASAG und BEW müssen wir ganz klar sagen, was wir uns vorgenommen hatten, nämlich mit industriellen Partnern eine integrierte Wärmeplattform BEW-GASAG zusammen zu denken, das funktioniert leider nicht, weil wir sehen, dass eben die Partner, um die es da geht, nicht bereit sind, ihre Anteile ein Stück weit abzugeben und dem Land Berlin eine Mehrheitsbeteiligung zu ermöglichen. Deswegen wird das so nicht stattfinden.

Sie haben gefragt, ob der Senat plant, neue Unternehmen zu gründen. Also wir haben jetzt keine neue Unternehmensgründung vor, es ist natürlich aber schon die Frage, in welcher Form und in welcher rechtlichen Form alternative Finanzierungsformen umgesetzt werden. Also wenn ich eine große Investitionsmaßnahme wie zum Beispiel unsere große Schulbauoffensive habe, da wissen Sie, da haben wir das Modell mit der HOWOGE, wo wir sagen, eine landeseigene Gesellschaft wird beauftragt, diese Maßnahmen tatsächlich umzusetzen. Auch bei den alternativen Finanzierungsformen für die Transformation ist natürlich die Frage: Nutzt man solche Modelle wie bei der HOWOGE und der Schulbauoffensive, um künftig zu sagen, wir schauen mal, ob da Dinge möglich sind? Das ist aber im Moment noch zu früh, das zu sagen. Im Hochschulbereich gibt es eine Diskussion dazu. Ob das so kommt, wird davon abhängen, wie die alternativen Finanzierungsformen generell aufgestellt sind. Das kann ich im Moment noch nicht abschließend beantworten.

Ansonsten haben Sie, Frau Bozkurt, noch nach den staatlichen Zuschüssen für den Fuhrpark und die U-Bahn-Finanzierung gefragt. Sie wissen selber, dass die U-Bahn-Finanzierung, die Bestellung von U-Bahn-Fuhrparkzubehör einen sehr langen Vorlauf hat, und das, was jetzt gerade an Beschaffung läuft, ist schon von der Vor-Vorgängerregierung verabschiedet und bestellt worden. Das will ich noch mal einfach sagen, das ist jetzt nichts, was wir von heute auf morgen – – Es ist nicht wie bei Amazon, heute bestellt, morgen geliefert, sondern das läuft über Jahre. Diese Aufträge sind ja erteilt, und wir sind sehr hoffnungsfroh, dass wir unseren Fuhrpark im nächsten Jahr wieder deutlich erweitern können. – Eigentlich beantworte ich gerade Ihre Frage, ich weiß nicht, ob Sie noch zu hören. – Also der Fuhrpark wird erweitert werden. Die Auslieferungsverträge dafür laufen. Sie wissen, dass das jahrelange Vorläufe hat.

Zum Thema Gründungen von Start-ups: Wir haben in diesem Jahr ein sehr gutes Gründungsjahr, auch noch mal deutlich über dem, was im letzten Jahr war. Wir konnten hohe Venture-Capital-Beträge in die Stadt holen. Die Halbjahresbilanz bei Berlin Partner war schon fast 700 Millionen Euro Akquise für die Berliner Unternehmen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Kollegin Bozkurt! Die Senatorin hat darum gebeten – – [Tuba Bozkurt (GRÜNE): Sie darf gerne weiterreden!]

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich beantworte gerade Ihre Frage.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Man kann ja mal ein bisschen vernünftig miteinander umgehen und nicht – – [Zuruf von Tuba Bozkurt (GRÜNE)] – Okay!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Wissen Sie, ich beantworte gerne Ihre Frage, würde nur gerne sicherstellen, dass die Antwort bei Ihnen auch akustisch ankommt, aber gut! – [Zuruf von Tuba Bozkurt (GRÜNE)]

Vorsitzender Jörg Stroedter: Frau Kollegin Bozkurt! Jetzt darf ich Sie wirklich ernsthaft bitten, so geht es nicht. – [Zuruf von Tuba Bozkurt (GRÜNE)] – Sie können hier nicht einfach reinrufen. Sie sind bei mir im Ausschuss und nicht im Plenarsaal. Es hört Sie keiner. Die Senatorin hat das Wort. Sie können sich gerne anschließend melden, oder der Kollege Wapler kann sich gerne anschließend melden, aber ich bin es wirklich leid, in der Form diese Auseinandersetzungen zu führen. – Frau Senatorin, Sie haben weiterhin das Wort, und wenn Sie, Herr Kollege Wapler, eine Wortmeldung haben, dann nehme ich Sie anschließend ran. Und nicht wieder alle vier Grünen, das will ich gleich sagen. Vielleicht beschränken Sie sich mal auf einen. – [Zuruf von Julian Schwarze (GRÜNE)] – Bitte, Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich würde dann meine Ausführungen an der Stelle beenden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann hat der Kollege Wapler um das Wort gebeten. – Bitte sehr!

Christoph Wapler (GRÜNE): Wenn Sie, Herr Vorsitzender, hier Abgeordnete zu irgendwelchen Verhaltensweisen auffordern, mag das noch angehen, obwohl ich glaube, dass die Neutralität der Rolle eines Ausschussvorsitzenden auch erfordert, dass man hier alle Fraktionen mit der gleichen Strenge behandelt. Es ist nicht das einzige Mal, dass hier irgendwie – – Dass hier ständig aufmerksam zugehört würde, das kann, glaube ich, keine Fraktion von sich behaupten. Was aber nicht angeht: Einer Senatorin steht nicht zu, hier im Ausschuss Abgeordneten Haltungsnoten zu erteilen. Das werden wir immer zurückweisen. Das weise ich auch jetzt zurück. Und ich nehme an, das werden auch alle anderen Fraktionen tun. Das ist tatsächlich eine Kompetenzüberschreitung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Da will ich mal für meine Person sagen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – wir haben das schon mal bilateral ausgetragen – bestimmt die Fraktion ist, die sich am wenigsten über diesen Vorsitzenden beschweren kann, im Gegenteil, mir ist schon von anderen vorgehalten worden, dass es eigentlich immer nur um Bündnis 90/Die Grünen geht. Also da würde ich mal ein bisschen abbauen. Es bringt mir auch nichts, wenn

Sie am Rande von irgendwelchen Sitzungen zu mir kommen und sagen, es stimmt gar nicht, wie es gesagt wird. Wir gehen auf die Thematik ein. Wir haben immer versucht, alle Themen der Grünen entsprechend zu behandeln. Auch heute ist die Sitzung wieder stark grünlastig. Deshalb bitte ich um Kenntnisnahme.

Zweitens: Die Senatorin hat hier eine Frage Ihrer Kollegin beantwortet und mehrfach den Eindruck gehabt – den habe ich als Ausschussvorsitzender auch gehabt –, dass die Kollegin dem praktisch nicht zuhört und dass dazwischen geredet wird. Da ist das dann auch mal meine Aufgabe zu sagen, dass es sinnvoll ist, sich hier gegenseitig zuzuhören. Das hat auch alles eine Vorgeschichte. Das wissen wir beide auch. Deshalb bitte ich darum, dass wir zur Sache zurückkommen. – Wollen Sie noch mal dazu? – Bitte, Herr Kollege Wapler!

Christoph Wapler (GRÜNE): Es hat keinen Sinn, wenn wir uns jetzt hier bilateral miteinander austauschen. Diese Debatte fortzusetzen, hat wenig Sinn, aber wichtig ist, dass es einer Senatorin nicht zusteht, hier Abgeordnete zu ermahnen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich habe das als Ausschussvorsitzender nicht gehört, und deshalb kann ich das nicht bestätigen, was Sie jetzt hier sagen. – Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Herr Kollege Dietmann, bitte!

Michael Dietmann (CDU): Vielleicht versuchen wir es mal mit Moderation. Ich glaube, was uns allen gut ansteht, ist, wenn wir miteinander reden und Dinge verstehen wollen, dass man – und das würde ich erst mal als höfliches Verhalten interpretieren – jemanden darauf hinweist, dass man gerade eine Frage beantwortet und darum bittet, vielleicht zuzuhören. Das ist, glaube ich, keine Haltungsnote, sondern ich habe so was bei meinen Eltern und spätestens in der Schule gelernt, und dann sollten wir vielleicht versuchen, das auch hier im Ausschuss irgendwie umzusetzen. Es kommt ja mal vor, dass man nicht zuhört. Also ich wäre der Erste, der das sofort zugibt, weil man vielleicht andere Dinge macht, aber dann ist es doch eigentlich sehr okay, wenn man den Hinweis bekommt, dass meine Frage gerade beantwortet wird. Ich würde mich eher darüber freuen. Ich habe den Unterton nicht gehört, aber vielleicht gibt es da auch eine besondere Schwingung, die ich jetzt nicht zu deuten vermag. Ich finde es allerdings eher ein bisschen anstrengend, dass wir immer wieder darüber reden müssen. Deswegen können wir vielleicht für die Zukunft darauf verzichten.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu dem Punkt? – Herr Kollege Wapler, bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Wir können uns hier immer miteinander verständigen, ich möchte aber, wie gesagt, in Zukunft auf Ermahnungen der Senatorin gegenüber Ausschussmitgliedern verzichten. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Ich darf als Ausschussvorsitzender feststellen, ich habe diese Ermahnung nicht gehört. Tut mir leid! In der Form hat die nicht stattgefunden. Sie hat nur darum gebeten, dass hier zugehört wird, wenn sie eine Frage beantwortet. Es wäre ganz angenehm, wenn wir diesen Punkt jetzt abschließen, damit unsere Anzuhörenden die Gelegenheit haben, hier entsprechend zu antworten. – Dem ist so. Gut! – Dann, Herr Dr. Holm, hätten Sie als Erster Gelegenheit.

Dr. Hinrich Holm (IBB): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte Ihnen nach vorne ein bisschen Mut machen. Wir sind gar nicht bei unter null. Wir sind auch nicht nur knapp über null. Wir sind schon ein Stück voran. Jetzt kommt das Aber: Es muss jetzt, ich glaube, da sind wir uns alle einig, viel passieren, damit wir diesen Schwung nach vorne, den wir bisher aufgenommen haben, nicht leichtfertig hergeben. Unsere Zahlen sind ungefähr in der gleichen Größenordnung. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist. Hier waren es irgendwie 2 Milliarden jedes Jahr. Bei mir sind das erst mal nur die Betriebe. Über die Wohnungswirtschaft haben wir noch gar nicht diskutiert. Das sind nur unsere Betriebe. Da sind auch noch andere. Wir sind bei dem, was nach vorne getan werden muss, relativ dicht beieinander. An vielen Stellen können wir sagen, es wird getan – ein bisschen in Richtung von Herrn Scheel. Ich versuche, so zu antworten, dass ich dabei alles mitnehme. Wir gucken uns an: Ist diese Idee, dass die Betriebe viel von dem, was getan werden muss, tragen können, unter dem Aspekt, dass wir als Bank beurteilen können, ob die weiterhin für andere Banken, nicht nur für uns, finanzierbar sind, dass wir das tun würden, steht außer Frage, aber auch für andere – – Das ist immer die Messlatte, nach der wir gucken. Die Antwort ist: So wie die jetzt aufgestellt sind, wie sie kapitalisiert sind, wie sie auch nach vorne planen, ist das darstellbar. Also der Plan im Ansatz kann zumindest nach hinten raus aufgehen.

Das Thema Schuldenbremse: Auch wir, wir sind keine Verwaltungsrechtler, also wir können Kameralistik nur bedingt, aber wir haben uns damit sehr intensiv beschäftigt und können sagen, alle Produkte, die wir jetzt hier diskutieren, sind schuldenbremsenkonform. Insofern geht Finanzierung für Betriebe. Wir müssen deren Rating im Auge behalten. Es kann sein, dass hier oder da nach vorne – das muss dann der Eigentümer entscheiden – noch mal Kapitalisierung in Form eines Transaktionskredits oder im Sinne von Verbleib von Ausschüttungen – – Da gibt es viele Ansätze, aber grundsätzlich sind wir da gut aufgestellt.

PPP-kritisch, Herr Stroedter – das verstehe ich. Wir sind kritisch in dem Moment, wo auf der P-Seite, wo „privat“ steht, Vermögen außerhalb der Stadt liegt. Dann sind wir auch kritisch. Die HOWOGE-Schulbauinitiative ist ein klassisches PPP. Wir haben das für Sie sehr lange anders benannt, aber wir geben der HOWOGE Geld. Der gehört die Schule, die Stadt zahlt die Miete. Das ist ein Kreislauf innerhalb von städtischen Unternehmen. Ich glaube, das findet jeder hier im Raum gut. Das ist auch PPP. So würden wir immer darauf gucken. In dem Moment, wo jemand von draußen käme, der Werte aus der Stadt trägt, werden wir auch vorsichtiger. Insofern möchte ich Sie ermutigen, in der Frage ein Stück weit offener zu sein, gerne auch mit uns zu reden, aber ich glaube, da kann man sich einiges trauen.

Dann kam die Frage: Wie viele Tonnen kostet denn das? Wir rechnen immer andersherum. Aber wenn man sich deren Zahlen anguckt, die müssen 3 Millionen Tonnen wegdrücken, die BEW, das war ja die Frage, auf der Kundenseite, gar nicht mal nur für sich selber, sondern das ist das, was die rausliefern und dafür verbrauchen, 3 Millionen Tonnen CO_2 jedes Jahr. Da haben die ungefähr 3 Milliarden, 3½ Milliarden Invest, also 1 000 Euro pro Tonne. Wir hatten uns hier kurz abgestimmt, in anderen Studien ist das ähnlich. Jetzt muss man aber wissen, das ist mir wieder wichtig, wenn man auf Gebäude guckt und ein Gebäude nackt in der Gegend stehen hat, und das ist nicht an der Fernwärme und dummerweise mit einem schlechten Energieausweis versehen, das wird im Verhältnis teurer, als wenn wir zentral dekarbonisieren. Deswegen sind wir stark daran interessiert, zentral zu dekarbonisieren. Wo wir dringend Geschwindigkeit brauchen, ist in der kommunalen Wärmeplanung, denn wir haben im Augenblick leider keinen Schimmer, was an diesen Schnittstellen in der Wohnungswirtschaft,

die eben nicht im Kernwärmegebiet liegen, sondern knapp daneben, nach vorne passiert. 60 Prozent unserer Kommunalen sind an das Fernwärmenetz angeschlossen, das heißt, den Teil bekommen die automatisch dekarbonisiert. Den Teil, der draußen liegt, müssen wir uns sehr genau angucken. – Das Thema Invest hat Frau Giffey beantwortet.

Klimaschutz, ist das überflüssig? – Ich würde sagen, die Diskussion könnten wir heute führen, wenn wir nicht den Angriffskrieg gehabt hätten. Wir müssen sagen, Deutschland muss sich und wir müssen uns in Berlin energetisch unabhängig machen. Interessanterweise ist das der gleiche Vorgang. Das wäre meine Antwort darauf. Ich empfehle, das bei RWE nachzulesen. Der Chef von RWE war am Mittwoch in der Zeitung. Der E.ON-Chef war am Montag in der Zeitung. Die sagen, mit den Auflagen ist Kernkraft heute teurer als klassische regenerative Energien. Insofern muss man das den Profis überlassen. Ich möchte da gar nicht auf eine Energieform eingehen, aber ich sage sehr deutlich, energetische Unabhängigkeit beantworten wir damit zufällig auch. Ich glaube, das ist ein Narrativ, das man wählen könnte, wenn man möchte.

Dann kam die Frage nach Start-ups und Gründungen auf der Seite Venture-Capital: Sehen wir da viel? – Das fängt an. Wir sehen mehr in den Ideenwettbewerben. Wir sind eine Bank, die von Ideenwettbewerben über die Gründung hin zu den ersten Finanzierungen über unsere IBB-Ventures begleitet. Wir sehen im Augenblick auf der Seite der Ideen und Vorgründungsphase eine Menge. Wir haben auf der VC-Seite einige Unternehmen, die sich vor allen Dingen mit serieller Gebäudehüllensanierung beschäftigen. Da komme ich gleich zum nächsten Thema. Wir haben eine Baustelle damit, dass wir in allen unseren Förderprogrammen, die wir zur Verfügung haben, in den Gebäuden sofort auf Net Zero springen. Das ist für einige Gebäude einfach zu teuer, in einem Schritt auf ein Passivhaus, wenn man so möchte, herunterzukommen. Unsere Förderprodukte sind leider so ausgelegt, wir haben aber nicht die Möglichkeit, das in irgendeiner Form wirtschaftlich darzustellen. Da werden wir diskutieren und betreiben als Förderbankenfamilie Lobbying – das ist nicht nur die IBB, sondern das sind alle 16 Förderbanken und die KfW –, damit man eine schrittweise Förderung, solange ein klarer Dekarbonisierungsanteil drin ist, vornehmen kann, aber nicht gleich am Anfang für die gesamte Investition. Beispiel: erst Anschluss an Fernwärme und Hülle und andere Dinge vielleicht später, aber wirtschaftlich.

Abwertung von Gebäuden, Herr Gräff – das ist tatsächlich ein Thema. Uns sitzen die Wirtschaftsprüfer im Nacken. Wir müssen jetzt als Banken und Gesellschaften schneller werden. Wieder brauchen wir die kommunale Wärmeplanung, damit wir klar sagen können, wie viel Euro spenden wir bei welchem Gebäude für die Dekarbonisierung. Der Wirtschaftsprüfer kommt jetzt durch und sagt: Wenn ihr uns das nicht klar zuordnet, dann kommen wir mit Pauschalwerten. – Und dann fängt er an, unsere Gebäude abzuwerten, und das ist sowohl für die Wohnungsbaugesellschaften blöd, denn damit verlieren die Eigenkapital, als auch für uns, denn damit verlieren wir Finanzierungskraft. Insofern kommen die Enden auch da zusammen. Je früher wir den Gesamtplan sehen, glaube ich, dass wir viel von dem verteidigen können. – Das war zumindest der Teil, wo ich gesagt hätte, dass mir eine Frage gestellt wurde. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Holm! – Dann als Nächster Herr Müller, bitte!

Simon Müller (Agora Think Tanks): Vielen Dank! – Ich würde meine Antworten gerne ein Stück weit in drei Bereiche clustern, erstens zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit, zweitens Beispiele aus anderen Bundesländern und ein paar allgemeine Überlegungen, welche Investitionsinstrumente es gibt, und drittens eher eine grundsätzliche Bemerkung zur Frage von Klimaschutzprogrammen und Handlungsbedarfen. Alles klar, los geht es.

Wettbewerbsfähigkeit: Ich fand es ganz spannend, in die Transformationspfadestudie des BDI zu gucken, die der BDI Anfang September veröffentlicht hat. Dort findet sich eine Abbildung, die zeigt, in welchen Märkten die deutsche Wirtschaft eigentlich in Zukunft davon ausgehen kann, international wettbewerbsfähig zu sein und hier Wohlstand zu sichern oder aufzubauen. Wenn man einfach mal durchzählt, dann sind tatsächlich neun von zwölf Bereichen unmittelbar im Bereich Klimaneutralität oder Energiewende angesiedelt. Das bedeutet, wenn man den Blick nach vorne richtet, wo in Zukunft Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu finden sind, dann ist das einfach in diesen Bereichen. Das sagen nicht wir, sondern das sagt eine Organisation, die nicht im Verdacht steht, Klimaschutz als Selbstzweck betreiben zu wollen, ganz im Gegenteil.

Gleichzeitig sehen wir uns natürlich einer Situation gegenüber, wo Deutschland in eine immer tiefere Krise der Wirtschaftstätigkeit kommt. Ich glaube, vor dem Hintergrund ist es sehr wichtig, sich klarzumachen, womit das zusammenhängt. Da möchte ich gerne vier Punkte benennen. Das Erste sind ganz klar die Energiepreise. Wir haben immer noch Auswirkungen der fossilen Energiepreiskrise. Ganz aktuell gegenüber dem Sommer sind die Erdgaspreise wieder um knapp 50 Prozent gestiegen. Gerade jetzt sind sie nochmals sprunghaft gestiegen, nachdem Russland die Lieferung nach Österreich eingestellt hat. Das ist ein wesentlicher Grund für höhere Energiepreise. Auch die Preise im europäischen Emissionshandel haben angezogen. Das ist in der Energiekrise gar nicht so sehr zum Vorschein gekommen, aber das ist auch einer der Gründe, warum wir höhere Strompreise haben. Das ist natürlich etwas, das als Instrument durchaus wünschenswert ist, aber es führt dazu, dass wir, wenn wir noch auf CO_2-intensive Technologien setzen, höhere Preise haben. Wir sehen gleichzeitig, in bestimmten Zeiten haben wir sehr niedrige Strompreise, wenn viel Erneuerbare im Netz sind. Unsere Studien zeigen auch, dass die Erneuerbaren hier perspektivisch kostensenkend wirken.

Zweiter Punkt zur Wirtschaftskrise: Es ist vor allen Dingen eine Krise der konventionellen Geschäftsmodelle. Die deutsche Automobilindustrie wird in China nicht wieder auf die Absatzzahlen kommen, die es früher gegeben hat und die ganz wesentlich zu den Erlösen beigetragen haben, völlig unabhängig davon, was mit den europäischen Flottengrenzwerten passiert. Es ist eine Krise der konventionellen Kunststoffherstellung und der damit verbundenen Preise. Auch in der Stahlherstellung ist die Überkapazität eine Überkapazität der fossilen, konventionellen Stahlherstellung.

Dritter Punkt: Aktuell ist die Landschaft in Bezug auf Investitionen für die Industrie und die Wirtschaft in Europa unvollständig. Wir haben einerseits einen Emissionshandel, der ganz klar Zähne bekommen hat und wo letzte Zertifikate 2038 ausgegeben werden. Das bedeutet, fossile Investitionen haben keine Zukunft mehr. Gleichzeitig fehlt der klare Investitionsrahmen für die klimaneutralen Investitionen. Da ist gerade das europäische Beihilferecht eher ein Problem als eine Ermöglichung. Das ist beispielsweise in den USA sehr anders gewesen. Da muss man gucken, wie es weitergeht. Aber China geht sehr klar und strategisch vor.

Vierter Punkt: Es fehlt ganz klar an Innovationsimpulsen. Es sollte doch viel größere Sorge machen, nicht dass bestehende Unternehmen auch mal untergehen können, das ist im Verlauf der Wirtschaftsgeschichte immer so gewesen, das Beunruhigende ist doch, dass viel zu wenig neue Unternehmen entstehen, die wirklich auf andere Geschäftsmodelle setzen. Da kommen wir zu einem ersten Punkt: Hier wirklich Innovationssysteme zu erzeugen, Wagniskapital hineinzubringen, tatsächlich auch lokal in Berlin kleine und innovative Unternehmen zu stützen, ist ein ganz wesentlicher Teil, um da herauszukommen. – Keine Sorge, die anderen Teile werden kürzer.

Zweiter Bereich – Beispiele anderer Länder und Überlegungen, was die Instrumentierung angeht: Alle Bundesländer, mit denen ich in den letzten Monaten gesprochen habe, ringen mit dieser Frage. Gerade die Ausweitung finanzieller Transaktionen ist, soweit ich das einordnen kann, in Bremen und Schleswig-Holstein relativ weit fortgeschritten, aber auch da habe ich jetzt nicht die Details. Aber das ist wirklich ein Prozess, wo ein Austausch absolut lohnend ist. Der wird sicherlich bereits laufen. Aber das ist, glaube ich, so ein gemeinsames Finden der besten Möglichkeiten.

Ich will dabei auf eine Sache hinweisen: Eine finanzielle Transaktion geht dann, wenn Sie etwas wirtschaftlich darstellen können, das heißt, wenn sich eine Investition aus sich heraus trägt. Das ist aber politisch eigentlich eine sehr interessante Frage, denn ob etwas wirtschaftlich finanziert ist oder nicht, hat auch bestimmte Werturteile. Ich will gar nicht sagen, in welche Richtung man die treffen muss oder sollte, aber wenn ich jetzt beispielsweise ein Stromnetz habe und das über Entgelte finanziere, ist klar, das ist sozial regressiver, als wenn ich es aus dem allgemeinen Steuertopf finanzieren würde. Warum? – Weil das Steueraufkommen viel stärker einkommensgewichtet ist, die Nutzung dieser Entgelte aber gerade bei kleineren Einkommen stärker zu Buche schlägt. Genauso machen wir Schulen aktuell nicht so, dass sie einen privaten Business-Case brauchen, sondern wir haben die Entscheidung getroffen, dass die sich nicht aus dem Markt heraus finanzieren. Das heißt, wenn wir jetzt den Weg gehen, das alles über finanzielle Transaktionen zu machen, dann entsteht da auch ein Druck, dass sich die einzelnen Sachen jeweils marktförmig refinanzieren. Das sollte man sehr bewusst eingehen.

Das andere ist, gerade in vielen dieser Bereiche muss man die Frage stellen: Bringt privates Kapital eigentlich Mehrwert? Wenn man sich zum Beispiel Stromnetze anguckt, dann ist Berlin ein Beispiel dafür, es anders zu machen. Das sind regulierte Monopole. Da kann die Privatwirtschaft eigentlich außer einer höheren Renditeerwartung nichts beitragen. Das heißt, auch da sollte man sehr genau abwägen. Wo es wirtschaftlich darstellbar ist, habe ich einen Mehrwert dadurch, dass Private an Bord gebracht werden. Das sollte auch handlungsleitend sein, wenn es um Public-private-Partnerships geht: Ist es denn wirklich etwas, wo Private einen Mehrwert leisten? – Wo ich die größte Sorge hätte, ist, dass man aus einer Überinterpretation der Schuldenregeln dahin kommt, dass man Dinge, die man öffentlich eigentlich machen könnte, an Private gibt und das am Ende für Bürgerinnen und Bürger teurer wird.

Dritter und letzter Teil zur Frage der Klimaschutzprogramme: Aus meiner Sicht sollte das gar nicht sein, was separat betrachtet wird, dass man gewissermaßen die Idee hat, na ja, es gibt sozusagen die Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen, das ist das eine, und dann geht es darum, sie klimaneutral zu stellen, sondern das Entscheidende ist doch, dass sie jetzt die Investitionsfenster nutzen, die anstehen, um sofort in klimaneutrale Lösungen zu investieren, denn das ist das, was darüber entscheidet, ob es volkswirtschaftlich teuer wird oder nicht. Teuer wird es dann, wenn wir jetzt noch mal fossil investieren und vorzeitig stilllegen müssen. Von daher die Idee, das ein Stück weiter zu fassen und zu sagen, Teil einer zukunftsträchtigen Geschäftsstrategie von jedem Unternehmen, sei es privat oder öffentlich, ist natürlich, dass es klimamäßig die Randbedingungen einhält.

Da würde ich den Punkt, den Herr Holm gemacht hat, unterstützen. Da gilt es auch bei den finanzrechtlichen Vorgaben ein Stück weit zu schauen, wo man nachsteuern muss. In der Taxonomie, dass man sofort auf das höchste Effizienzniveau sanieren muss, das macht Sachen unnötig teuer und hemmt dadurch auch Fortschritte. Da muss man auch schauen, ob Lösungen vielleicht nicht mehr dazu beitragen, dass es schnell in Richtung Klimaneutralität geht.

Letzter Punkt zur ganzen Frage, warum das alles: Wir alle und unsere Kinder werden die gleiche Zukunft auf diesem Planeten teilen. Es ist völlig klar, dass wir einer akuten Bedrohungslage ausgesetzt sind, und diese Bedrohungslage ist menschengemacht. Das hat sogar ein Land wie Saudi-Arabien, das wirtschaftlich völlig von fossilen Energien abhängig ist, dazu bewogen, mitzugehen und zu sagen, wir steigen aus den fossilen Energien aus. So steht es in der Abschlusserklärung der COP 28. Das zeigt ganz deutlich, natürlich ist das Problem menschengemacht und absolut dringend. Ich möchte ganz positiv enden. Wir haben wahnsinnige Fortschritte in Deutschland, Europa und weltweit auf dem Weg zur Klimaneutralität gemacht. Solarenergie ist inzwischen die günstigste Form der Stromerzeugung in weiten Teilen der Welt. Sie wird in absehbarer Zeit auf der gesamten Welt die günstigste Form sein. Elektromobilität macht massive Fortschritte. Das ist gut fürs Klima und irgendwann auch gut für die Wirtschaft. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Müller! – Dann, Frau Schenuit, haben Sie die Möglichkeit zur Beantwortung.

Carolin Schenuit (FÖS): Ganz herzlichen Dank! – Ich fange mal mit dem Saarland an. Dazu gab es die konkretesten Rückfragen. Ich schicke vorweg: Ich bin keine Expertin für den Vorgang dort, ich hatte das nur wahrgenommen. Ich habe im Frühjahr einen interessanten Vortrag vom saarländischen Finanzminister gehört und deswegen verfolgt, wie die Sache zumindest vorläufig ausgegangen ist. Vor Kurzem, also erst Ende Oktober ist das verkündet worden. Natürlich gibt es einige länderspezifische Besonderheiten, die in dem Sondervermögen anders sind als in dem für Berlin konzipierten. Bemerkenswert daran fand ich mehrere Aspekte, zum einen: Ich hatte mir Ihr Gutachten angeschaut, das ein juristischer Experte mit Blick auf Ihren Entwurf zum Sondervermögen verfasst hatte, und die sehr dezidierte Bearbeitung der Erfordernisse für die Mechanik einer Umsetzung eines schuldenbremsenkonformen Sondervermögens. Nach allem, was ich der Berichterstattung entnehmen konnte, gelten diese Regelungen auch fürs Saarland, und die Saarländer haben sich darauf eingelassen, diese Anforderungen zu erfüllen. Die sind fordernd, also da gibt es im Parlament eine jährliche Befassung mit der Frage, ob noch die Bedingungen einer Notlage und Ähnliches gegeben sind. Das ist durchaus eine nennenswerte Hürde für das weitere Vorgehen. Gleichzeitig gibt es eine Mischform aus

Kreditfinanzierungen und finanziellen Transaktionen. Also das Tool nutzen sie im Saarland schon auch. Diese Verständigung über die Regierungsfraktion hinaus – – Es gibt ja da die Besonderheit in der Parlamentszusammensetzung, dass die SPD eine absolute Mehrheit hat. Die Verständigung insbesondere mit der zweiten großen Fraktion, mit der CDU, hat stattgefunden, um eine Perspektive über die Legislaturperiode hinaus zu schaffen. Ich denke, das ist das Bemerkenswerte, dass es außerhalb der Regierungskonstellation eben auch Planungssicherheit gibt. Darüber haben wir heute schon öfter gesprochen, Planungssicherheit ist ein hohes Gut. Deswegen finde ich es, wenn man auf die aktuelle bundespolitische Situation guckt, umso bemerkenswerter, dass das möglich war und dass es offensichtlich auch in einer für beide Seiten angemessenen Kompromissherangehensweise möglich war. Das noch dazugesagt, ursprünglich sollte der Fonds länger laufen, die Laufzeit ist erst mal auf 2027 verkürzt worden, mit einer Verlängerungsoption für 2028. Ursprünglich sollte er mal bis 2032 laufen. Aber es gibt erst mal ein Tool, mit dem man weiter agieren kann. Und da gibt es auch, so habe ich das verstanden, einen relativ starken Fokus auf die Industrietransformation im Land. Das ist natürlich sehr wertvoll für den Strukturwandel dort. Ich hoffe, das gibt Ihnen so ein bisschen Orientierung. Wie gesagt, ich bin auch nicht die Expertin, ich habe nur mal mit Blick auf Ihre Rückfragen ein bisschen Details nachgeschaut.

Als Nächstes würde ich gerne auf den Bereich Einnahmeoption eingehen. Wie teuer wird es für Verbraucher? Das hatten Sie angesprochen. Ich glaube, eine seriöse Prognose ist schwierig, aber klar ist, das hat mein Vorredner angesprochen, natürlich wird sich die gesamte Entwicklung auch in den Kostenstrukturen für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen widerspiegeln, und dafür braucht es einen vorausschauenden Umgang mit den anfallenden Kosten und auch mit der Frage – Herr Holm hat es angesprochen –: Wofür wähle ich welchen Finanzierungszeitraum? Welchen Finanzierungszeitraum kann ich mit einer gewissen staatlichen Sicherheit möglich machen, und wo bin ich ganz in den Logiken der privaten Finanzierungswirtschaft und muss mich denen auch stellen?

Auf der Ebene der Länder und Kommunen finde ich insbesondere spannend: Auch auf der kommunalen Ebene gibt es durchaus einige Handlungsspielräume, was Instrumente betrifft. Den Bürgerfonds, die Bürgeranleihe hatten Sie selbst angesprochen. Es gibt bei Stadtwerken – Bürgerenergiegenossenschaften kennt, glaube ich, auch jeder – diverse Intracting-, Contracting-, Energieeinsparcontractingkonzepte. Also im Bereich Contracting ist der Blumenstrauß, glaube ich, sehr groß. Gerade aus einer sozialen Perspektive könnte man damit natürlich auch eine gezielte Politik machen, indem man sagt, dass Menschen unter einem bestimmten Einkommensniveau einen oder mehrere Anteile einer solchen Anleihe einfach bekommen, um überhaupt mal ein Vermögensvehikel zu haben, und andere bekommen es, indem sie Eigenkapital hineingeben, sodass man versucht, damit die sozialen Auswirkungen ein Stück weit zu adressieren. Das ist alles nur ein Teil der Gesamtlösung, aber da kann man schon kreativ werden, wenn man das möchte.

Beim Thema De-Risking würde ich eine etwas andere Perspektive einbringen, was die Frage der Verstaatlichung betrifft. Ich denke, dass es an einigen Stellen durchaus sinnvoll ist und hier in Berlin auch gemacht wird, ich würde aber gerne daran erinnern, was ursprünglich mal der Grund war, warum man das in den Neunzigerjahren anders gemacht hat, und zwar, man hat durchaus auch Herausforderungen im Bereich Effizienz, wenn man sehr hohe staatliche Anteile hat. Das ist ein Zielkonflikt. Ich habe in vorherigen Aktivitäten auch privatwirtschaftliche Netzbetreiber durchaus immer sehr entschieden in ihrem Lobbying für ihre eigene Aus-

stattung wahrgenommen. Sei es drum! Ich wollte den Punkt gerne anbringen, weil ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass man sich dessen bewusst bleibt, auch immer im Vergleich mit anderen Bundesländern und Strukturen, um darauf zu achten, wie sich die Gesamtkosten entwickeln. Die Kritik an unseren Verwaltungsstrukturen und deren Kosten kennen Sie hinlänglich, das spare ich mir jetzt, aber ich glaube, es ist schon wichtig, das im Blick zu behalten.

Zum Thema Start-up-Finanzierung würde ich einen kleinen Seitenblick auf Unternehmen, die schon da sind, werfen wollen, mit dem Link zum Thema Gebäudesanierung. Ich war ein bisschen überrascht, vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden, Herr Holm, dass Sie bei der Frage, wie Gebäude bewertet werden, mehr und mehr darauf hingewiesen werden, entsprechende Abwertungen zu treffen, wenn nötig. Ich glaube, das war eigentlich mit das beste Argument, warum man sich zeitnah darum kümmern muss, die Qualität der Gebäude aufrechtzuerhalten. Da wird es dann ganz handfest. Da geht es um Handwerker, Baustoffhersteller und Ähnliches, die daran teilhaben, diese Verbesserung des Bestandes sicherzustellen. Wir haben dazu kürzlich ein Factsheet zusammengestellt, das relativ deutlich darstellt, dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Gebäudesanierungen in Deutschland größer als die Kosten ist, insbesondere wenn man das Thema Klimafolgekosten miteinrechnet, die wir uns zum Teil sparen, wenn wir schnell und entschieden sanieren. Das Schöne an der Sanierung ist, dass sie ein relativ regionales Geschäftsmodell ist, das heißt, da haben wir die Wertschöpfung vielleicht nicht komplett im Land Berlin, aber zumindest in der weiteren Region.

Last but not least würde ich noch auf das Thema der Schadensvermeidung zu sprechen kommen. Das ist an zwei Stellen angesprochen worden. Ich würde Ihnen, Herr Vorsitzender, insofern etwas widersprechen, dass ich nicht glaube, dass wir zwingend einen internationalen Ansatz brauchen, um dahin zu kommen, dass Schäden vermieden werden. Alles, was wir tun, um zu dekarbonisieren, ist letztlich eine Maßnahme, um Klimafolgekosten zu vermeiden. Abgestimmte Vorgehensweisen sind immer gut, aber im Zweifelsfall kommt man, glaube ich, auch voran, indem man vorangeht beziehungsweise sich mit einem überschaubaren Kreis an Partnerländern abstimmt. Gleichzeitig, das muss man auch ganz klar sagen, ist die Belastung durch Schadenskosten natürlich extrem ungleich verteilt. Alle Zahlen, die ich für Deutschland genannt habe – – Ich bitte noch mal, die nicht auf die Goldwaage zu legen. Das war eine bevölkerungsanteilige Ableitung aus bundesweiten Zahlen, einfach um heute mal eine Annäherung zu haben. Alle Kosten, die bei uns anfallen, sind andernorts um ein Vielfaches höher, insbesondere was die Schäden an Menschen, Ökosystemen und Infrastrukturen betrifft. Deswegen würde ich sagen, lassen Sie uns nicht darauf warten!

Gleichzeitig ist es so, wir haben sie nur bedingt im Griff. Das war eigentlich mein Kernpunkt, das Thema aufzubringen. Wir können diese Folgekosten schlecht bis gar nicht planen. Die werden leider absehbar auch nicht aufhören, wenn wir komplett dekarbonisiert sind, weil wir eben einen trägen Prozess haben. Das Klima wird noch über Jahrzehnte und wahrscheinlich Jahrhunderte hinaus auf das reagieren, was wir in den letzten Jahrzehnten getan haben und noch weiter tun werden. Gleichzeitig geht es eben darum, diese Opportunitäten zu betrachten, denn in dem Moment, wo wir ein Starkregenereignis in Berlin oder andernorts in Deutschland haben, steht in der Regel völlig außer Frage, dass den Menschen, die in Not sind, geholfen werden muss und dass das im Zweifelsfall substanziell viel Geld kostet, was uns Spielräume zum Handeln an anderer Stelle nehmen kann. Ich wollte das jetzt nicht miteinander aufgerechnet oder verglichen wissen, sondern einfach mal die Dimensionen nebeneinanderstellen, die uns zumindest nach aktuellem Stand der Wissenschaft zur Verfügung stehen.

Mit Blick auf die Frage, was es bringt, wenn wir hier etwas tun, würde ich gerne auf eine aktuelle Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung verweisen. Das ist eine ganz spannende Ausarbeitung. Uns hat die sehr gefreut. Die Kolleginnen und Kollegen haben tatsächlich international Maßnahmen und Maßnahmenmixe für Klimapolitik verglichen, und das Interessante dort war: In aller Regel ist entweder ein starkes ordnungsrechtliches Signal mit einer finanziellen Flankierung oder umgekehrt ein finanzielles Steuerungssignal mit einer ordnungsrechtlichen Flankierung das effizienteste. In Deutschland war das insbesondere die Ökosteuerreform ab den späten Neunzigern. Vielleicht da ein Impuls in Ihre bundespolitischen Kanäle: Das Instrument stirbt gerade den langsamen Inflationstod. Ist es wirksam? Vielleicht wollen Sie es noch einmal wiederbeleben. Aber auch in China zum Beispiel gab es effektive Reduktionen von Emissionen, indem – so price so proud – Subventionen auf fossile Brennstoffe abgeschafft und zum Beispiel Finanzierungshilfen für Effizienzmaßnahmen getätigt wurden, also ein Verändern von Support an der einen Stelle und ein Aufbauen von Support an der anderen Stelle. Das wäre noch ein Kernargument, das ich gerne machen möchte. Ich weiß, das meiste davon fällt nicht in die Zuständigkeit auf Landesebene, Stichwort klimaschädliche Subventionen. Das macht den Wirtschaftlichkeitscase immer nur noch schwieriger. Wir leisten uns das weiterhin, und das kostet erheblich viel Geld aus dem allgemeinen Steuersäckel. Das ist total kontraproduktiv und verhindert Effektivität an anderer Stelle.

Last but not least noch den Hinweis darauf: Es gibt durchaus Spielräume, auf der Einnahmenseite als Landes- oder kommunale Ebene aktiv zu werden. Das haben wir jetzt mehrfach nur auf abstrakter Ebene angesprochen. Das sind zugegebenermaßen eher kleine Beiträge, aber von Wasserentnahmeentgelten bis Plastiksteuer oder Ähnliches, es gibt diverse Kommunen in Deutschland, die da schon vorangehen, sei es in Pilotprojekten oder auch schon in einem Rollout der Maßnahmen. Das wird Ihnen nicht die Transformation refinanzieren, aber es ist auf jeden Fall ein steuernder Beitrag, um letztlich auch in eine Gesamtdynamik zu kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Schenuit, für Ihren Beitrag! – Ich will nur der Form halber sagen, ich habe mich zu internationalen Fragen nicht geäußert. Sie haben mich mit einem anderen Kollegen verwechselt, aber ich weiß, wenn man so viele Fragen aufschreiben muss, passiert das leicht, und das ist kein Problem. Ich wollte es nur der Form halber feststellen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann können wir uns, glaube ich, nach der entsprechenden Praxis im Ausschuss wie immer vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Wird das allgemein so gesehen? – Das ist der Fall. – Dann bedanke ich mich bei den Anzuhörenden. Ich freue mich, dass Sie gekommen sind und sich intensiv Zeit genommen haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg oder gute weitere Termine, je nachdem, was Sie heute noch planen. Vielen Dank für Ihr Kommen!

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Drucksache 19/1956 **Ausreichend Ladesäulen in ganz Berlin, in Innenstadt und Außenbezirken**	0210 WiEnBe Mobil(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1455 **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2022-2026 jetzt umsetzen**	0178 WiEnBe Haupt StadtWohn UK(f) Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Sachstand: Neuer kommunaler Landesbetrieb BEW Berliner Energie und Wärme AG (ehemals Vattenfall Wärme Berlin AG)** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.09.2024	0201 WiEnBe
b)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1638 **Echter Klimaschutz statt Greenwashing: Berlin braucht einen klimagerechten Fahrplan für die Fernwärme**	0199 WiEnBe(f) UK*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.